Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang | Sonntag, 31. März 1935 | Nr. 77

Arbeitslosigkeit und Notstand in den deutschen Gebieten

Die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Reichenberg hat der Regierung eine Darstellung über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten unseres Staates überreicht. Auf Grund von guten Erhebungen kommt die große Arbeitslosigkeit in den industrialisierten Grenzgebieten unseres Staates überzeugend zum Ausdruck. Es wird auch durch Vergleiche zwischen deutschen und tschechischen Industriebezirken mit annähernd gleicher industrieller Struktur nachgewiesen, daß in den betreffenden deutschen Bezirken die Arbeitslosigkeit durchschnittlich um das Doppelte größer ist. Hervorragend sind die Merkmale der Denkschrift über die sozialen und materiellen Auswirkungen bei jenen Menschen, die schon drei und vier Jahre lang dauernd arbeitslos sind. Dieses soziale Bild wird ergänzt durch die Schilderung der furchtbaren Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Jugendliche und Kinder. Zur Ernährungsnot gesellt sich bei dauernder Arbeitslosigkeit die Bekleidungsnot.

Neben der Arbeitsbeschaffung, deren Förderung durch die letzten Beschlüsse der Regierung anerkannt wird, wird der Ausbau der Arbeitslosenfürsorge auch bezüglich der Erweiterung der jetzigen Ernährungsaktion gefordert. In dieser Hinsicht muß jedenfalls schon jetzt Vorsorge für den kommenden Herbst und Winter getroffen werden.

Die Darstellung befaßt sich dann mit den kommunalen und privaten Fürsorgeaktionen und wendet sich gegen die Zersplitterung, welche durch die sogenannte „Sudetendeutsche Volkshilfe" droht, die ausgerechnet im fünften Krisenjahre erst in Erscheinung tritt.

Namens der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes und für den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten überreichten in diesen Tagen die Abgeordneten Roscher, Macoun und Hackenberg mit entsprechender Begründung die Denkschrift dem Ministerpräsidenten Malypetr, dem Minister für soziale Fürsorge Meißner und dem Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Czech.

Der Ministerpräsident und die beiden Minister verwiesen auf die letzten Regierungsbeschlüsse, auf die im Zuge befindlichen Maßnahmen ihrer Ressorts hinsichtlich der Förderung der Investitionstätigkeit und der in Aussicht genommenen zusätzlichen Leistungen zur Ernährungsaktion. Die Regierungsvertreter versicherten, daß die Darlegungen der Denkschrift die volle Aufmerksamkeit der Regierung finden werden.

Schweizer Protest bevorstehend

Bern. In Angelegenheit der Entführung des deutschen Emigranten Jacob erteilte das politische Departement im Einvernehmen mit dem Gesamt-Bundesrat den schweizerischen Gesandten in Berlin die erforderlichen Instruktionen zu einem diesbezüglichen Schritt bei der Reichsregierung.

„Eine Unverfrorenheit"

Bern. Die schweizerische Presse ist über die Darstellung der Affäre Jacob durch den amtlichen deutschen Pressedienst allgemein erstaunt und entrüstet.

„Der Bund" schreibt von Unverfrorenheit und dem traurigen Zeugnis für den Wahrheitswert der deutschen Presse. Die amtliche deutsche Darstellung sei ein Faustschlag ins Gesicht der wahrheitsliebenden Welt. — Die „Nationalzeitung" in Basel spricht von Greuelmärchen der Pressestelle des Deutschen Reiches, die den stärksten Unwillen des Auslandes auslösen, und von zynischer Verhöhnung eines unglücklichen Opfers der Gestapo.

Die sozialdemokratischen Zeitungen bezeichnen die Auslassungen des offiziellen deutschen Pressedienstes als gemeine Lügen.

„Von Erfolg gekrönt"

Reuter über den Besuch in Moskau

Moskau. (Reuter.) Man ist allgemein der Ansicht, daß der Besuch Edens von Erfolg gekrönt war und daß er wahrscheinlich sehr bestimmte Ergebnisse haben wird.

Es hat sich gezeigt, daß die russischen und die englischen Ansichten in großem Ausmaße übereinstimmen. Moskau sagt auf alle in dem französisch-britischen Kommuniqué vom 3. Feber angeführten Punkte ein herzliches „Ja".

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, Eden habe sich bemüht, die Befürchtungen Sowjetrußlands zu zerstreuen, daß England ein Vorurteil gegen irgend ein Land oder System habe. Eden und Stalin seien sich darüber einig gewesen, daß die Konferenz in Stresa möglicherweise einen Wendepunkt für den Weltfrieden bilden werde. Der wichtigste Punkt sei jedoch, daß es Eden gelungen sei, zum ersten Male seit dem Weltkrieg die Möglichkeit für eine wirkliche Zusammenarbeit mit Rußland im Interesse des Weltfriedens zu schaffen.

Schon heute ist es, wie der Reuterkorrespondent meldet, klar, daß der Besuch des Vertreters der britischen Regierung einen großen Erfolg aufzuweisen hat. Der Besuch Edens in Moskau habe, wie es scheint, zahlreiche Mißverständnisse zu beseitigen geholfen. Eden habe die ihm vorgetragenen Einwendungen und Befürchtungen aufmerksam angehört und sodann den Repräsentanten der Sowjetunion versichert, daß ihre Befürchtungen hinsichtlich verschiedener Momente der europäischen Situation nicht berechtigt seien.

Die Sowjetvertreter haben zweifellos mitgeteilt, daß sie bereit seien, durch ihre Mitarbeit am Völkerbund sowie durch die sonstige internationale Zusammenarbeit an der Wahrung der friedlichen Entwicklung der Lage auf dem Kontinent mitzuarbeiten. Daß Sowjetrußland hinsichtlich gewisser Befürchtungen beruhigt werden wird, wird voraussichtlich eines der wichtigsten Ergebnisse des Moskauer Besuches Edens sein.

Berlin ist wütend

Berlin. (A. P.) Die deutschen Blätter denen natürlich die Reise Edens nach Moskau höchst unerwünscht ist, stellen nach der Methode „Haltet den Dieb" die Dinge wieder einmal auf den Kopf. Moskau wird als die treibende Kraft hingestellt, ganz Europa zu einer Kooperation gegen Deutschland zusammenzubringen, als ob nicht in Wahrheit von Deutschland das — nur nicht sehr erfolgreiche — Bemühen ausgegangen wäre, alles zu einer Koalition gegen die USSR zusammenzubringen. Der Pangermanismus dichtet dabei seine eigenen Absichten dem Kreml an, nämlich die Tendenz, Europa nicht zur Ruhe kommen zu lassen, während der in Wirklichkeit an solche Absichten nicht im entferntesten denkt und um des wirtschaftlichen Ausbaues willen nur selbst Ruhe haben will. Die Panikmacherei, daß Moskau andere Zwecke verfolge, zieht schon längst nicht mehr. Aus ihr suchte ja der Nationalsozialismus schon vor 2 Jahren seine Existenzberechtigung nachzuweisen, und heute wärmt er diese alten Kamellen auf, um die europäische Friedensfront zu spalten, die, wenn ihr nur auch England beiträte, durch ihr Vorhandensein Deutschland vor Abenteuern schrecken könnte. Diese Kassandrarufe der deutschen Presse enthalten natürlich auch die obligaten Ausfälle gegen den Außenminister der Tschechoslowakei, weil dieser die „wahren Absichten" Litwinows nicht durchschaue. Gleichzeitig wird, mit der offensichtlichen Absicht, England und Frankreich zu entzweien, England eine gute Zensur erteilt. Rosenberg hat eben noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben, über Deterding England nicht nur zum Stillhalten zu bewegen, sondern an die deutsche Seite zu bringen. Man rechnet mit der englischen Abneigung gegen die französisch-russische Zusammenarbeit. Das ist das Loch, durch das die Pangermanisten hindurchschlüpfen wollen. Daher kommt dem Besuch Edens in Moskau ungeheuere Bedeutung zu.

107:54 Stimmen

für das neue belgische Kabinett

Brüssel. Die Kammer hat Samstag früh nach einer ununterbrochenen Nachtsitzung die von der neuen Regierung vorgelegten Gesetze über die Abwertung des Belga und die Erweiterung der um ein ganzes Jahr verlängerten Sondervollmachten mit 107 gegen 54 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen angenommen.

Bei den Liberalen, welche in der Regierung vertreten sind, stimmte die Hälfte der Abgeordneten gegen die Regierung.

Masseninvasion von Nazi-ministern in Danzig

Danzig. (PAT) In Danzig ist der Reichserziehungsminister Rust und der Obergruppenführer des Gaues Franken, Streicher, der Herausgeber des antisemitischen Blattes „Der Stürmer" eingetroffen. Wie der nationalsozialistische „Danziger Vorposten" meldet, wird am Donnerstag der kommenden Woche der preußische Ministerpräsident General Göring und am Freitag der Stellvertreter Hitlers, Reichsminister Heß sowie der Reichspropagandaminister Doktor Goebbels in Danzig eintreffen.

Der Völkerbundkommissär bedroht

Warschau. Aus Danzig wird von einem scharfen Konflikt zwischen dem Hohen Kommissär des Völkerbundes Lester und dem Senatspräsidenten Greiser gemeldet. Greiser hatte nämlich in einer in Danzig gehaltenen Rede dem hohen Völkerbundskommissär vorgeworfen, daß er die oppositionellen politischen Parteien in Danzig unter seinen Schutz nehme. Im Zusammenhang mit dieser Rede Greisers kam es zu einer persönlichen Aussprache zwischen beiden, wobei der Hohe Kommissär Lester dem Senatspräsidenten erklärte, er habe das volle Recht, die Danziger Opposition und die Danziger Staatsbürger vor den Anordnungen des Senates in Schutz zu nehmen. Als Greiser dem Hohen Kommissär vorwarf, daß er u. a. mit dem ehemaligen Senatspräsidenten Rauschning konferiert habe, erwiderte Lester, daß er auch hierzu das volle Recht hatte.

Daraufhin drohte ihm Senatspräsident Greiser, daß ihm dasselbe Schicksal zuteil werden könne, wie seinerzeit dem Präsidenten der Saarregierungskommission Knox. Auf die Frage des Hohen Völkerbundkommissärs, was diese Drohung bedeuten solle, erteilte Greiser keine Antwort.

Der Hohe Völkerbundkommissär Lester hat daraufhin gegen das Vorgehen des Senatspräsidenten Greiser einen schriftlichen Protest an den Senat der Freien Stadt Danzig und gleichzeitig einen Bericht in dieser Angelegenheit nach Genf gerichtet.

Gerüchte ...

Rom. Die Gerüchte, daß zwischen Italien und Abessinien Krieg ausgebrochen sei, werden an italienischen amtlichen Stellen kategorisch dementiert.

Die Treibjagd in Ungarn

Heute, Sonntag, beginnt die Wahl der ungarischen Abgeordneten. Ein Akt der sogenannten Volksbefragung: 2.8 Millionen Wähler müssen die Objekte einer Treibjagd mit Hindernissen abgeben. Ein Lustspiel für einige hundert Paschas, Kleinherrgötter und Oberstuhlrichter, das vom 31. März bis zum 7. April dauern wird. In Staaten mit 30—40 Millionen Wähler werden die Stimmen in einigen Stunden gezählt. In Ungarn dauert eine Wahl mit 3—5000 Wählern zwei Tage und erst nach weiteren 24—48 Stunden wird die Zählung der Stimmen beendet.

Das sind aber nur einige Hindernisse beim Endspurt. Es gibt bei der Treibjagd, ungarische Wahlen genannt, noch weitere geistreich ausgedachte Hindernisse. In allen Wahlbezirken müssen 10 Prozent der Wähler die Empfehlungsbögen der Kandidaten unterfertigen. Also bei oppositionellen Kandidaten sich offen für die Opposition bzw. gegen den Allgewaltigen, gegen den Finanzdirektor, Oberstuhlrichter und Gendarmen bekennen. Und dabei kostet die Unterschriftensammlung ungeheuer viel Geld. Die Regierungspartei bezahlt gewöhnlich 50—60 Heller, in gefährdeten Bezirken 1 Pengö für eine Unterschrift. Bei diesem System erscheint es verständlich, daß man in den meisten Bezirken mehr Unterschriften gesammelt hat, als Wähler vorhanden sind.

Kaum ist die Unterschriftenjagd vorbei, steht der Wähler vor einem neuen Hindernis. Abstimmen kann man nur mittels Vorweisung einer amtlichen Legitimation. Die Legitimation wird durch die Behörde dem Wähler zugestellt. Ist es verwunderlich, wenn dem oppositionellen Wähler die Legitimation oft zu spät oder gar nicht zugestellt wird? Die Folge war bei den letzten Wahlen im Jahre 1931, daß von den 2.5 Millionen Wählern nur 1.5 Millionen — also nur 59 Prozent — abgestimmt haben.

Passieren schon die glücklichsten oppositionellen Kandidaten die Hindernisse, dann wird die Maschine der Bürokratie in Tätigkeit gesetzt. Der Steuerexekutor fordert unbarmherzig die fälligen Steuern — natürlich nur von den oppositionellen Wählern. Brave, regierungstreue Wähler, ja sogar ganze Gemeinden können Steuerstundung von einem halben oder ganzen Jahr erhalten. Diese Mittel haben eine todsichere Wirkung.

Und wenn dies alles nicht hilft, dann kommt die Methode Endröd oder Kefsi. Je nach Oppositionsgrad der Wähler 1 oder 8 Tote. Als Zugabe wird der oppositionelle Kandidat knapp vor dem Wahltag auf ein halbes Jahr aus dem ganzen Komitat ausgewiesen. Er kann inzwischen darüber nachdenken, ob es sich geziemt, in Ungarn gegen die Regierung zu kandidieren.

Schon vor 25 Jahren, anläßlich der Erschießung von zehn slowakischen Bauern bei den Wahlen in Cernova, hat der große Dichter Björnson in ausländischen Zeitungen gegen diese barbarischen Wahlmethoden einen zähen, mutigen Kampf geführt. Wie Endröd beweist — vergeblich. Die Methoden des Labanzen Banffys übernahm auch der patriotische Kuruz Gömbös.

Im aufgelösten Parlament zählte die Regierungspartei 148, die Partei des berüchtigten Eckhardt — Partei der kleinen Landwirte — 23, die regierungsfreundliche Christliche Wirtschaftspartei 22, die Sozialdemokraten 14, die Liberalen 7, die Parteilosen und Legitimisten 31 Abgeordnete. Jetzt wird der bisherige Untermieter der Bethlenschen Regierungspartei, Herr Gömbös, seine eigene Partei durch sogenannte Wahlen ernennen. Von Bethlens Partei wurden 66 für Gömbös unverläßliche langjährige Abgeordnete ausgeschifft. Aber Herr Gömbös hat schon bereits vor dem Wahltag 28 sichere Mitstreiter sich verschafft. In 28 Wahlbezirken wurde „einstimmig gewählt", d. h. Gegenkandidaten wurden nicht zugelassen! Die andern werden in 171 Wahlbezirken mittels öffentlicher Abstimmung „gewählt". Also von dem Obergespan ernannt. Gömbös wird also seine folgsame Majorität haben.

Ein Wahlkampf im halbeuropäischem Sinne wird nur in 46 Bezirken mit geheimer Abstimmung geführt. Dort geht der Kampf zwischen den herrschenden Klassen um die Macht, aber auch um die Methode des Klassenkampfes gegen Arbeiter und Bauern. Der neue „Styl", die neue — Verzeihung für das harte Wort — „Ideologie" des

Verurteilte Strasser-Leute

Berlin. Der Volksgerichtshof fällte am Samstag abends das Urteil gegen 13 Anhänger der Schwarzen Front, die, wie das DNB unterstreicht, „bis in den Herbst 1934 hinein (also bis zur Zeit, als Strassers Adjutant zu Hitler überging und zum Verräter wurde) die hochverräterischen Ziele des in Prag sitzenden Nationalbolschewisten Otto Strasser durch Herstellung und Verbreitung übler Hetzschriften unterstützt haben."

Die Führung lag in den Händen des 31 Jahre alten Erich Schmidt, der zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Bei sieben weiteren Angeklagten ergingen Zuchthausurteile zwischen vier und zwei Jahren. Drei Angeklagte kamen mit Gefängnisstrafen von einem Jahre sechs Monaten bis zu einem Jahr davon.

Wie der Vorsitzende in der Begründung betonte, habe die Beweisaufnahme ergeben, daß Otto Strasser seine „unverantwortliche Hetztätigkeit" nach dem 30. Juni 1934 in noch schärferer Weise als vorher fortgesetzt habe. Der Hauptangeklagte Erich Schmidt hat bis zum Dezember 1934 insgesamt drei Reisen nach Prag unternommen und sich hier mit Otto Strasser in Verbindung gesetzt.

Herrn Gömbös beherrscht den Wahlkampf. Die Ideologie hat Herr Gömbös selbst klargelegt:

„— — Die Zeit des Sozialismus als Partei ist abgelaufen. Wir haben sie noch nicht liquidiert, aber wir werden sie liquidieren .... In Ungarn leben und internationale Ideen verkünden, das ist nicht mehr möglich ... Wir werden die Interessenvertretungen errichten, die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung einstellen, die Streiks verbieten, Arbeitsgerichte einführen — und dann sind die Lehren des Marx nicht mehr nötig ..."

Auf dieser geistigen Höhe führt der Ministerpräsident den Wahlkampf. Man kann sich vorstellen, wie die sonstigen Herren reaktionären Reformer sprechen.

Deutlicher als Herr Gömbös spricht Bethlen. Er wirft dem Herrn Gömbös vor, daß er sich „unentgeltlich und ohne Ermächtigung den Titel Führer der Nation zudachte". Das System der bezahlten Stoßbrigadier, das Pressesystem, unter welchen sogar die bisher unabhängige Presse stumm geworden und die leiseste Kritik nicht möglich ist, wird von Bethlen getadelt:

„Es werden die abgetakelten Individuen der seligen Zeit des Jahres 1919—20, die sogenannten Rassenschützler, wieder reaktiviert. Die Telephonzensur wurde eingeführt, sogar meine Gespräche — sagt Herr Bethlen — werden kontrolliert". — „Es ist zu befürchten, daß aus der 1000jährigen Verfassung ein Versuchskaninchen wird, daß der Herr Ministerpräsident mit SA und SS-Formationen, mit nationalsozialistischen Ideen, mit Planwirtschaft, mit Korporationen experimentieren wird, und die Ruhe des Landes und die außenpolitische Stellung der Heimat gefährdet."

Herr Bethlen erhielt prompt die Antwort von dem neugebackenen Handelsminister Herrn Bornemisza, von dem Führer der sogenannten Reformgeneration — alias Erwachende Ungarn — der es als Minister festnagelte, daß „Bethlen das Land mit 4 Milliarden Pengö Schulden belastet habe, ohne daß Volk und die Wirtschaft von dieser Summe etwas profitiert hatten". Nur vergaß der Herr Vorkämpfer für Schwindelreformen hinzuzufügen, daß der Honvedminister des Herrn Bethlen, der Ministerpräsident Gömbös, reichlich mitgewirkt hat bei diesem „wirtschaftlichen Tartarenzug", bei der Vergeudung der Milliarden.

Was bisher nur die Sozialdemokraten offen aussprachen, wird jetzt von Bethlen bestätigt. Gömbös Ziel ist, die Aufrichtung des Fascismus. Die blödsinnige Parole der „friedlichen Revision" hat in Marseille Schiffbruch erlitten, also versucht es jetzt Herr Gömbös mit fascistischem „Stil": gegen die unterdrückten Klassen und Kriegsvorbereitung gegen die Nachbarn.

Die sozialdemokratische Partei führt den Wahlkampf mit dem ungebrochenen Elan und Mut. Die Partei hat in den Bezirken mit öffentlicher Abstimmung — das sind 199 Bezirke von 245 — nicht kandidiert, weil man die Bauern und Anhänger der Sozialdemokratie nicht gefährden wollte. Es wäre viel mehr Blut geflossen und der Terror wäre noch unerträglicher, wenn die Partei am flachen Lande bei öffentlicher Abstimmung die Kandidatur riskiert hätte. Man verzichtet auf eine Kandidatur, wo die Behörden und Gewaltorganisation des Staates die Wähler massakriert oder im besten Falle materiell zugrunde gerichtet hätte. Es gibt eine Stadt — Hodmezövasarhely — in der Tiefebene, wo geheim abgestimmt wird. Da hat die Partei den Führer der Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter Franz Takacs kandidiert. Takacs kann aber in der Stadt keine Versammlung abhalten, weil der Herr Obergespan Bela Farkas alle Versammlungen der Sozialdemokraten verbietet. „Der Herr Minister kann befehlen was er will — hier habe ich das Kommando" — erklärt Herr Farkas. Und trotz aller Rekurse, trotz der Versuche des Ministers, den Herrn Kleinkönig des Komitats Békés zu bewegen, nachzugeben, können die Sozialdemokraten in Hodmezövasarhely keine Versammlung abhalten.

Und dennoch wird dort die Sozialdemokratie siegen. Auch ohne Versammlungen.

Die Sozialdemokraten schlagen sich überall sehr tapfer. Auf die offenen Drohungen des Herrn Gömbös antwortet die Népszava mit einem trotzigen: wir lassen uns nicht einschüchtern. „Wir nehmen den Kampf auf, Herr Ministerpräsident" — schreibt die Népszava — „uns kann man nicht, uns wird man nicht liquidieren. Wir kämpfen heute mit legalen Mitteln, wenn Sie es versuchen würden, uns zu liquidieren, werden wir illegal kämpfen. Heute im Tageslicht, nach der Liquidation unter der Erde."

Tausende und Tausende Genossen arbeiten Tag und Nacht unentgeltlich für die Wahlen. Die Partei ist arm. Die Massen sind arbeitslos. Die Organisation ist nach 15 Jahren Konterrevolution und Massenarbeitslosigkeit ausgepumpt. Gömbös spekuliert auch auf die Armut der Sozialdemokraten. Er nahm den Abgeordneten am Tage der Auflösung die Fahrkarten ab.

Die Partei hat bei den letzten Wahlen in den geheimen Wahlbezirken von 442.000 abgegebenen Stimmen 131.000 erhalten. Sie war in den geheimen Wahlbezirken die weitaus größte Partei. Sie wird Ihre Position sicherlich verbessern. Eher durch Vermehrung der Stimmen, als durch Mandate. Bei dem geltenden Wahlrecht kann nur die Regierungspartei auf Mandatszuwachs rechnen. Im Jahre 1931 erhielt die Regierungspartei 45 Prozent der Stimmen und 64 Prozent der Mandate, die Sozialdemokratie mit 11 Prozent der Stimmen nur 5,5 Prozent der Mandate.

Der Kampf wird aber nicht am Wahltag entschieden. Bei den herrschenden Machtverhältnissen wird der Reformgeneralstäbler noch manche Schlachten mit den mächtigen Feudalherren des Landes auskämpfen müssen. Er will den Großgrundbesitz bei Gott nicht vernichten. Nur die ausschließliche Macht der Großgrundbesitzer brechen. Dazu hat er sich mit dem wandlungsfähigen Großkapital verbündet. Es wurden nicht nur rassenschützlerische Antisemiten als Kandidaten, sondern auch bekannte Semiten — wie die Kartellführer Ledermann, Szurday, Biro — und der arische Gesandte des Großkapitals Herr Görgey in die Regierungsliste aufgenommen. Mit Hilfe des Kapitals und der willfährigen Bürokratie glaubt Herr Gömbös die Aristokratie entthronen zu können. Gentry und die durch die langdauernde Agrarkrise in Mitleidenschaft gezogenen Großbauern sollen in der Zukunft das Land beherrschen, und mit Hilfe der sozialen Demagogie — a la Hitler — die Arbeiterklasse und die 2,5 Millionen Kleinbauern fesseln und entrechten.

Ob der Plan gelingen wird? Die Macht der Aristokraten ist nicht zu unterschätzen. Sie werden nicht so bald nachgeben. Macht bedeutet für sie die Erhaltung des Großgrundbesitzes. Sie werden alle Mittel in Anwendung bringen, um den Usurpatoren nieder zu ringen. An Bethlens Versammlungen erschien auch der Bruder und Schwager Horthys. Ein Wink für Gömbös: seitens Horthys sind Ueberraschungen auch nicht ausgeschlossen. Außerdem ist die außenpolitische fascistische Konzeption — Deutschland—Polen — auch nicht sympathisch. Man fürchtet eine noch größere Niederlage als Trianon war.

Es ist also noch nicht ganz unwahrscheinlich, daß der Generalstäbler als Liquidator des Marxismus — trotz hochtrabender Reden — nicht bald selbst wird liquidieren müssen! b. v.

Die Kriegsgerichte in Tätigkeit

Regierung will die Urteile in vollem Umfang bestätigen

Athen. Die Kammer hat am Freitag sämtlichen außerordentlichen Maßnahmen der Regierung ihre Zustimmung erteilt.

Die Gerichtsverhandlung gegen die Aufständischen nimmt unter Einhaltung von außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen ihren Fortgang. Zur Verhandlung werden ausschließlich nur die nächsten Verwandten der Angeklagten zugelassen. Auch auf der Insel Kreta hat das Ausnahmsgericht seine Arbeiten begonnen, das Venizelos, die Abgeordneten und die Offiziere, die mit ihm nach Italien geflohen sind, in contumaciam aburteilen wird.

Eine Gruppe von Regierungsabgeordneten erschien beim Ministerpräsidenten Tsaldaris mit dem Ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Urteile gegen die Aufständischen nicht allzu streng seien. Tsaldaris erwiderte jedoch, daß die vom Gericht gegen die Aufständischen gefällten Urteile in vollem Umfange bestätigt werden würden.

Athen. Das Athener Schwurgericht hat sämtliche wegen Teilnahme an dem Anschlag auf Venizelos am 6. Juni 1933 angeklagten Personen freigesprochen.

Die politische Woche

Nur noch zwei Wochen — bis zum 12. April — bleiben dem Parlament zur Bewältigung seines reichlichen Arbeitspensums. Rein äußerlich ist nicht viel von dem nahenden Ende zu sehen; gäbe es nicht hie und da in der parlamentarischen Debatte eine kurze Auseinandersetzung — woran es überdies auch in normalen Zeiten nie mangelte — so würde ein Außenstehender es dem Parlament kaum anmerken, daß seine Tage gezählt sind. Allerdings braucht man nur einen Blick in die Presse zu werfen, um mitten drin in Wahlbetrachtungen und Wahlpolemiken zu sein.

Stärker färbt die Vorwahlzeit auch auf die Regierung ab. Ihre Arbeiten beginnen sich zu verlangsamen. So ist das Viehsyndikat bisher noch immer nicht verabschiedet; auch die 40-Stundenwoche, die politisch in vollem Umfange neuerdings wird, ist noch nicht erledigt, da im Zuge des interministeriellen Verfahrens, das angesichts der umfangreichen ministeriellen Vorberatungen nurmehr eine Formalität hätte sein sollen, plötzlich eine ganze Reihe von Bedenken und Vorbehalten aufgeworfen wurde, die eine neue Nachprüfung der Vorlage durch die zuständigen Ministerausschüsse notwendig machen. Auch die Steuervorlagen, soweit sie bedeutsamer sind, wie die Erwerbsteuernovelle, sind über das Stadium der generellen Aussprache und der Beratung einiger entscheidender Punkte nicht hinausgekommen.

Innenpolitisch sind die Verhältnisse im deutschen Lager noch immer nicht ganz entschieden, wenn auch in den Beziehungen zwischen Landbund und Heimatfront eine gewisse Klärung eingetreten ist. Die aus Anlaß des Abbruchs der Beziehungen abgegebenen gegenseitigen Erklärungen sind so lendenlahm, daß sie stutzig machen müssen; aber formell haben sich die beiden Partner nach den einjährigen Verständigungsverhandlungen voneinander getrennt. Den Profit trägt sichtlich die Heimatfront davon.

Im tschechischen Lager zerbricht man sich wegen der SdP noch immer den Kopf. Hier spielen bei der stärksten Regierungspartei einerseits gewisse wahlstrategische Gesichtspunkte, andererseits auf die Zeit nach den Wahlen gestellte Konstellationshoffnungen eine Rolle. Am Montag sollen, wie man hört, diese Dinge in einer Sitzung des engeren agrarischen Parteivorstandes ausgetragen werden. Henlein ist also nicht der große deutsche Mann, der zu sein er wähnt, sondern in Wirklichkeit nur eine kleine Figur, die auf dem politischen Schachbrett von anderen Händen hin- und hergeschoben wird.

Ueber den Wahltermin ist noch nicht endgültig entschieden. Er wird aber durch die Daten 19. Mai bis 2. Juni eng eingeschränkt. Da die Wahlen an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen stattfinden sollen, ist einer der beiden ersten Termine für die Wahlen in die Nationalversammlung der wahrscheinlichste.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei wartet die weitere Entwicklung ruhig ab. Die gegenseitige Demaskierung im deutschen und das Spiel im tschechischen Lager müssen jedem Arbeiter klar machen, daß die Arbeiterschaft alle Kräfte mobilisieren muß, um im kommenden Wahlgang die größte Schlagkraft einsetzen zu können!

Vergebliches Liebeswerben

Wien. (Tsch. P.-B.) Die Vaterländische Front bereitet einen Aufruf an die österreichische Arbeiterschaft vor, in welchem an deren Mitarbeit in der Vaterländischen Front und im Gewerkschaftsverband appelliert werden wird.

45

Die Brücke nach Ypsilon

Roman von Fritz Rosenfeld

Er ist wirklich betteln gegangen, er hat sich an die Straßenecken gestellt, an die Häuser, die ihm einst gehört hatten, und bettelte die Passanten an. Er war ganz zerfetzt und schmutzig, als man ihn zu uns brachte. Er hat uns oft erzählt: wie die Menschen, denen er Geld geschenkt hatte, nun an ihm vorübergingen. Sie erkannten ihn und sahen weg. Sie wußten, wer er war, und sahen zur Seite. Sie gaben ihm nicht einen Groschen. Da erkannten wir: nicht nur uns hat Gott vergessen, Gott hat die Welt vergessen."

Die Hände um die Armlehnen verkrampft, den Oberkörper vorgeneigt, den Blick starr auf den Kommissär gerichtet, sprach der Mann im grauen Kittel, als säße er, ein Ankläger vor dem Jüngsten Gericht, dem Herrn über Gut und Böse, dem Herrn über Tod und Leben Aug in Aug gegenüber.

„Da wuchs der Plan. Gott hat die Welt vergessen, man muß Gott an die Welt erinnern. Man muß ihn aufrütteln aus seinem Schlaf. Ein Zeichen muß sein, groß und flammend, und alle müssen es sehen. Dann wird Gott sprechen."

Schweigen. Der Beamte zur Linken zieht ein Taschenmesser hervor, spitzt seinen Bleistift. Ein Blick des Kommissärs trifft ihn, leise setzt er sein Werk fort, es ist nicht lauter als das Wispern einer Maus in der Mauer.

„Ulrich sagte: ich habe hundertmal durch den Mund des Senders zum Ohr der Welt gesprochen. Sie haben mich gehört, die Menschen, aber sie sind nicht besser geworden. Ich las Dichter, die Liebe predigten, aber sie mordeten weiter. Ich sandte den Ruf nach Gerechtigkeit in die Welt, aber die einen gingen in Seide und fuhren in Autos und hatten Häuser und Juwelen und Gärten, und die andren hungerten und hausten in Hütten. Und wenn ich nicht mehr in das Ohr der Welt sprach, kam ein andrer und flüsterte Lügen hinein — und Millionen hörten sie und glaubten sie und wurden irr. Dann hab ich sie nicht mehr. So beschlossen wir, den eisernen Turm zu stürzen, damit seine Stimme nicht länger Lüge und Wirrnis verbreitet in der Welt."

„Der Mann, den sie Ulrich nennen, hat also den Sender gesprengt?"

Der Mann im grauen Kittel nickte.

„Es war eine Zeit, da war das Wort und aus dem Wort wuchs ein Weg. Sie aber machen aus dem Weg, den wir gehen sollten, ein Wort, und bleiben immer stehen auf dem gleichen Fleck und sprechen es aus mit Lippen, die lügen."

Der Arzt kaute die Zigarre und wagte es nicht, ein Streichholz zu entflammen. Der Polizeikommissär sah auf seine Akten und wagte es nicht, den Blick zu dem Mann im grauen Kittel zu erheben. Die Beamten betrachteten ihre Fingernägel, aber über ihre Rücken liefen Schauer. Olavsen sah Carlotta an, die im Winkel saß, den Kopf in die Hände gestützt, die das Bild des grauen Mannes nicht sah, die nur seine Worte vernahm, Glockenschlag um Glockenschlag.

„An einem Tag wollten wir Gott aus dem Schlaf rütteln. Mit einer Flammensäule, alle sollten sie sehen. Mit einem Flammenruf, alle sollten ihn hören. Aber Gottes Stimme vernehmen die Menschen nur, wenn es dunkel ist um sie. Wenn alle andren Stimmen schweigen. Und da sandten wir unsre Freunde aus, und der eine brachte die Drähte zum Verstummen, der andre das Licht. Dunkel war es und still, und die Brücke, die man mit gestohlen hatte, war nicht mehr, und der eiserne Turm der Lüge war nicht mehr."

„Sie haben also das Dynamit an ihre Komplicen verteilt und nach einem vorgefaßten Plan zur gleichen Stunde die Attentate begangen?"

Der Mann im Kittel vernahm diese Worte nicht. Er sah tief in seine Seele, und er hörte tief in sich hinein, und er hörte die Frage aufklingen, die ihn quälte, und die niemand auszusprechen wagte im Raum. Bis Carlotta sich aufrichtete, die Fäuste zusammengepreßt, und alle Kräfte ihres Willens zusammenraffte und mit gepreßter Kehle sagte, langsam, Silbe um Silbe:

„Und haben sie Gottes Stimme gehört in dieser Nacht?"

Es traf den Mann im grauen Kittel wie ein Hammer, der seinen Schädel zerschmetterte. Sein Kopf fiel vornüber, seine Hände lockerten den eisernen Griff um die Armlehnen, er rollte sich zusammen wie ein Tier, das einen Angreifer fürchtet und weiß, daß es ihm nicht widerstehen kann, es sei denn für Augenblicke. So fiel er zu Boden, ein Haufen grauer Kleider, ein graues Gesicht, erloschene Augen.

Der Arzt flößte ihm einen Trank ein, man legte ihn auf die Bank, holte Kissen, Decken. Der Polizeikommissär erhob sich, warf einen Blick in das Protokoll, das der Beamte abgefaßt hatte, es war das seltsamste Protokoll seiner Laufbahn. Er faltete es zusammen und schob es mit den Akten in die Tasche, die er zuklappte und versperrte. Den Schlüssel steckte er in die Westentasche. Es war nicht ratsam, dieses Protokoll offen liegen zu lassen, nicht jedermann durfte es lesen.

Er fragte den Arzt, wie es um den Kranken stünde, dann verließ er mit seinen Beamten und den beiden Gendarmen das Haus. Die Gendarmen blieben vor dem Bahnhof stehen, lehnten sich an einen Baum, zündeten ihre Zigaretten an und besprachen den Fall.

„Er ist doch ein Verbrecher", sagte der eine. „Wenn die Brücke zwei Minuten später in die Luft geflogen wäre, hätte es hundert Tote geben können. Ein Verbrecher ist er, ein Massenmörder. Wenn ich zu sagen hätt', ich ließe ihn hinrichten."

Der andre schwieg eine Weile, dann sagte er:

„Er war traurig, weil Gott ihn verlassen hatte. Er hat Gott rufen, Gott aus dem Schlaf rütteln wollen."

„Das soll der Mensch eben nicht", sagte der Gendarm und tat einen tiefen Zug aus der Zigarette. „Wir sollen in die Kirche gehen und beten, aber alles andre Gottes Ratschluß überlassen."

„Wenn Gott aber wirklich einen Menschen vergißt? Es gibt Millionen Menschen und Millionen Tiere und Millionen Pflanzen — wenn er ein Wesen vergißt, soll es ihn nicht erinnern dürfen?"

„Nicht mit gesprengten Brücken und Sendestationen, die in die Luft fliegen. Nicht mit Dynamit."

„Wie denn?"

„Du bist ein Esel. Solche Fragen stellt man nicht. Das macht jeder mit sich selbst aus. Da gilt für jeden ein anderes Gebot. Da findet jeder einen andren Weg."

„Und wenn er ihn nicht findet?"

„Frag nicht so dumm. Ich hab bisher immer den Weg gefunden, den ich gesucht habe. Auch im Finstern."

„Du."

„Ich hab eben Augen im Kopf, das ist alles."

Sie rauchten, schweigsam, und bliesen die blauen Wolken in den kühlen, sonnigen Märztag.

*

„Man wird ihn ins Irrenhaus zurückbringen und er ist lebend begraben bis an das Ende seiner Tage", sagte Carlotta.

„Es gibt keine andren Möglichkeiten. Wollen sie Menschen wie ihn auf die Welt loslassen?"

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Wieder ein wenig akademischer Unflat

Nazistudenten bestätigen durch die Tat die Vorwürfe gegen die deutsche Universität

Die „völkischen Studentenverbände" — die nazistischen also — haben das Bedürfnis empfunden, gegen die Angriffe auf die deutsche Universität, die im Anschluß an den tragischen Fall des Dr. Gach erhoben wurden, eine Protestkundgebung zu veranstalten. Ueberflüssig, zu sagen, daß diese Kundgebung im Hörsaal IV des Carolinums, auf „akademischem Boden", stattfinden konnte, wo im Vorjahr eine Masarykfeier der Sozialistischen Studenten nicht zugelassen wurde.

Beinahe ebenso überflüssig zu sagen, daß die akademischen Spitzen so gut wie vollzählig erschienen waren. Die Herren, die keine Zeit haben, ein deutsches Buch zu lesen, finden immer Zeit, wenn es gilt, den Hohenfriedberger Marsch oder die Albernheiten völkischer Politikaster anzuhören. Es waren also erschienen: der Rektor der Universität Dr. Groß er, der Rektor der Technik Prof. Gintl (dem man übrigens den Arier nicht auf den ersten Blick ansieht) und die Professoren Ghon, San Nicolò (wie dürfte der fehlen!), Sander, Svoboda, Marx, Tschermak-Seysenegg, Brand und Zeynek.

Welches Maß von politischer Bildung und Erfahrung die Veranstalter besitzen, zeigte sich gleich, als der Vorsitzende, ein Herr Hammerl, bei der Eröffnung die Pressevertreter warnte, die Versammlung zu stören. Eine merkwürdige Vorstellung scheinen die mit der Feder freilich wenig vertrauten Herren Nazi-Akademiker von einem Journalisten zu haben, daß sie ausgerechnet von den Pressevertretern Zwischenrufe und Störungen erwarten.

Ueber die sachliche Seite des Falles Gach sprach der Hammerl nicht. Er bemühte sich nicht, die Argumente der Kritiker der Universität zu entkräften. Aber er wandte sich dagegen, daß man von der deutschen Universität verlange, daß sie „jedem Hergelaufenen dasselbe Recht einräume wie einem deutschblütigen Studenten." Und von den Professoren, die sich das ruhig anhören, soll nun der „hergelaufene" Student annehmen, daß sie ihn gerecht beurteilen und behandeln werden? Professoren, die einer Einteilung der Studenten in deutschblütige und hergelaufene stillschweigend ihre Sanktion erteilen, müßten auf der Stelle aus den Prüfungskommissionen entfernt werden. Bei dieser Gelegenheit könnte man einige von ihnen auch fragen, ob sie sich zu den Deutschblütigen oder zu den Hergelaufenen zählen, z. B. den San Nicolò, der unseres Wissens aus Welschland hergekommen ist.

Hammerl betonte, daß zwei Fünftel der akademischen Lehrkräfte nichtarisch seien, während an der tschechischen Universität fast keine Nichtarier lehren.

Es wurde dann eine Entschließung angenommen, die mit dem Hinweis auf die Anwesenheit der Rektoren beginnt, dann behauptet, man wolle die deutsche Universität vernichten und die deutschen Hochschulen „zu einem Zentrum volksfremder Agitation" machen". Weiter wird von den verleumderischen und hetzerischen Angriffen der Emigrantenpresse geredet und alle Angriffe werden mit der Bemerkung abgetan, daß ihnen Tatsachen (?) gegenüberstehen, die für sich sprechen. Nach einem Angriff auf die sozialdemokratische Interpellation bedauert die Entschließung, daß keine bürgerliche Partei sich den „unbegründeten Anschuldigungen" entgegengestellt habe. Und nun geht es in reinster Goebbels-Tonart weiter:

> Im Interesse einer ruhigen und fortschrittlichen Entwicklung unserer Hochschulen fordern wir, daß dem wüsten Treiben einer politischen Unterwelt Einhalt geboten werde. Im Namen unserer Kultur protestieren wir mit aller Energie vor der gesamten Oeffentlichkeit dagegen, daß durch billige Anschuldigungen unserer Hochschulen und Professoren, die für Volk und Staat restlos ihre Persönlichkeit eingesetzt haben, aus dunklen Motiven in den Kot gezerrt werden. Ihre Leistungen sind unleugbare Zeugen dafür, daß sie durch ihre Tätigkeit auf wissenschaftlichem Gebiet den hohen Wert der deutschen Hochschulen für die Kultur des Volkes und des Staates in höchstem Maße bewiesen haben. Wir protestieren dagegen, daß die Berufungen und die Besetzung der Lehrkanzeln der Hochschulen zu einer Angelegenheit der Straße gemacht wird und parteipolitische Interessen in den Vordergrund gestellt werden.

Ebendas hat man ja den Herren vorgeworfen, daß sie nicht nach wissenschaftlich sachlichen Gesichtspunkten, sondern nach dem Wunsch der Gasse entscheiden, zu der die Nazistudenten vollzählig zu rechnen sind! Schließlich behaupten die Nazi, daß sie geschlossen „wie ein Mann hinter unseren Hochschulen stehen, würdevoll, aber entschlossen". Würdevoll ist in diesem Zusammenhang besonders gut!

Und nun, da durch den Ton der Entschließung, durch die unflätigen Ausfälle zur Genüge erwiesen ist, daß die Universität wirklich vom Nazismus verseucht ist, hat Seine Magnifizenz der Herr Rektor keineswegs den Saal verlassen, in dem die gewählten Vertreter des deutschen Volkes als Unterwelt apostrophiert worden waren, er hat vielmehr das Wort ergriffen, das der Hammerl ihm gab, und nach der einleitenden Bemerkung, er müsse vorsichtig sein, denn man verdrehe einem heute die Worte im Munde, sprach auch er von den „Verleumdungen", die gegen die deutsche Universität erhoben werden. Er fuhr fort:

> „Wenn wir daran festhalten, daß wir eine deutsche Hochschule sind und nicht eine Hochschule mit deutscher Unterrichtssprache und nächstens vielleicht mit einer anderen, so müssen wir darauf bestehen, daß das deutsche Volk und seine Vertreter die Hochschule in ihren Händen behalten."

Die Erhaltung der Autonomie sei nie wichtiger gewesen als jetzt. Zum Schluß forderte Großer die Demonstranten auf, ruhig auseinanderzugehen, damit die „Würde dieser Kundgebung" nicht gestört werde.

Deutlicher als durch diese würdevolle Kundgebung konnten die Nazi nicht beweisen, daß ein eiserner Besen die deutsche Universität säubern müßte, deutlicher als durch seine Sympathiekundgebung konnte der Rektor nicht dartun, daß die Angriffe auf ihn und einen Teil seiner Kollegen gerechtfertigt sind. Es wäre wichtig, daß die Vertreter des deutschen Volkes diese Universität in die Hände bekämen, aber es heißt die Situation bedenklich verkennen, wenn man die Nazi-professoren als Vertreter des deutschen Volkes anspricht!

Die sozialistische Jugendbewegung ist einig!

Der Verbandsvorstand des Sozialistischen Jugendverbandes beschloß in seiner Sitzung vom 25. März 1935 folgende Erklärung:

Das Bemühen der „Sozialistischen Aktion", die Geschlossenheit des Sozialistischen Jugendverbandes zu untergraben, hat sich in der letzten Zeit verstärkt. Die „Sozialistische Aktion" höhnt nicht nur die einmütig gefaßten Beschlüsse der Verbandsführung und deren ebenso einmütige und begeisterte Erfüllung durch die Gruppen und Funktionäre des Verbandes, sondern versucht auch in der verächtlichsten Weise die Funktionäre des Verbandes gegeneinander auszuspielen. Insbesondere behauptet sie das Bestehen einer „Verbandsopposition", die gegen den „in das bürgerliche Fahrwasser geratenen Verbandsvorstand gerichtet sei und lobt die Arbeit der angeblichen Opposition, deren Fähigkeiten und Erfolge sie mit denen der „Lieblinge des Verbandsvorsitzenden" verglichen wissen will.

Der Verbandsvorstand stellt fest, daß die von der „Sozialistischen Aktion" unter Berufung auf eine angebliche Opposition wiederholt verächtlich gemachten Arbeitsmethoden des Sozialistischen Jugendverbandes auf kameradschaftlich erarbeitete und einstimmig gefaßte Beschlüsse der gesamten Verbandsleitung zurückzuführen sind und daß diese Beschlüsse auch von dem Genossen Walter mitgefaßt wurden, von dem die „Sozialistische Aktion" behauptet, er habe als oppositioneller Kreisvertrauensmann in seinem Kreisgebiet besonders schöne organisatorische Erfolge zu verzeichnen.

Der Verbandsvorstand verwahrt sich gegen die von der „Sozialistischen Aktion" betriebene Verhetzung und nimmt zur Kenntnis, daß die organisatorischen Erfolge in der Kreisorganisation Karlsbad weder der oppositionellen Haltung des Kreisvertrauensmannes und Verbandsvorstandsmitgliedes Michael Walter, noch einer Illoyalität der Ortsgruppen gegenüber dem Verband zu verdanken sind, sondern einzig und allein der auf den Beschlüssen von Neu-Ohlisch beruhenden Arbeit aller Funktionäre der westböhmischen Kreisorganisation, deren mitunterzeichneter Kreisvertrauensmann Walter es aus selbstverständlicher Kameradschaft ablehnt, allein eine — zudem nicht ehrlich gemeinte — Würdigung für Erfolge in Anspruch zu nehmen, an deren Zustandekommen alle Genossen und Genossinnen der Kreisorganisation Karlsbad nicht minder beteiligt sind als der Verbandsvorstand, der die Kreisorganisation bei ihrer Arbeit nach Kräften unterstützt. Im übrigen ist festzustellen, daß sich die organisatorischen Erfolge des Sozialistischen Jugendverbandes nicht auf die Kreisorganisation Karlsbad beschränken, sondern erfreulicherweise im ganzen Arbeitsgebiet des Verbandes erzielt werden.

Der Wert der Angriffe, die die „Sozialistische Aktion" auf die führenden Funktionäre des Sozialistischen Jugendverbandes unter Berufung auf die angeblich oppositionelle Kreisführung in Karlsbad richtet, wird schon daraus offenbar, daß die Sitzung von Neu-Ohlisch mit einem einstimmig gefaßten Beschluß, also unter Mitwirkung des Genossen Walter, das Bekenntnis zur „Sozialistischen Aktion" und ihre Vorbereitung als mit der Zugehörigkeit zum Sozialistischen Jugendverband unvereinbar erklärt hat.

Indem der Verbandsvorstand in voller Einmütigkeit die verwerflichen Methoden der „Sozialistischen Aktion" ablehnt, ruft er die Jugendgenossinnen und -Genossen auf, in dieser schweren Zeit in derselben Kameradschaftlichkeit zusammenzustehen wie bisher und der gewissenlosen Verhetzung durch Außenstehende die sozialistische Tat entgegenzustellen, die ihre Erfolge aus dem gegenseitigen Vertrauen aller Mitglieder und Funktionäre des Sozialistischen Jugendverbandes ableitet.

Karl Kern, Rudolf Geißler, Ferry Schimmel, Michael Walter, Josef Styber, Florian Weikert, Heinrich Weisbach, Willi Schön, Karl Werner, Alois Patz, Josef Kreiner, Willi Wanka.

Für eine gerechte Planwirtschaft

Sozialdemokratisches Einschreiten zugunsten der kleinen Hopfenzüchter

Die gesetzliche Beschränkung der Hopfenanbaufläche hat ihre Vorteile und Nachteile. Einerseits wird der preisschädigenden Ueberproduktion gesteuert, anderseits ist ein Erzeugungsmonopol geschaffen worden. Nun haben aber gerade im Saazer Land viele kleine Grundbesitzer in der schlechten Zeit zwischen 1928 und 1932 die Hopfengärten aufgelassen, weil sie darauf angewiesen waren, irgendeinen bescheidenen Ertrag aus dem Acker zu ziehen. Seitdem der Hopfenbau wieder halbwegs rentabel geworden ist, häufen sich bei der böhmischen Landesbehörde die Ansuchen um Bewilligung neuer Hopfengärten. Soweit dabei größere Hopfenzüchter von der kaum begonnenen Preiskonjunktur profitieren und sofort die Anbaufläche vergrößern wollen, wird man bei der Behandlung dieser Ansuchen sehr zurückhaltend sein müssen, um einen neuen Preissturz zu vermeiden. Anders liegt die Sache in jenen Fällen, wo entweder der Hopfenbau ganz aufgegeben oder über vierzig Prozent eingeschränkt wurde. Solche kleine Grundbesitzer hätten heute begründeten Anspruch darauf, daß ihnen neue Hopfenanlagen bewilligt werden.

In diesem Sinne sprach kürzlich eine Deputation, bestehend aus den Genossen Mrasek-Tuchorschitz, Landesvertreter Hala und Abg. Genossen Jalsch beim Herrn Landespräsidenten Dr. Sobotka vor. Sie verwies insbesondere darauf, daß es unter der Bevölkerung des Saazer Landes viel böses Blut machen würde, wenn etwa nur einigen Restgutbesitzern die Erweiterung der Anbaufläche bewilligt würde, während die Ansuchen der kleineren Grundbesitzer unerledigt bleiben. Der Herr Landespräsident zeigte sich über den Sachverhalt sehr gut informiert und verwies darauf, daß vor allem eine grundsätzliche Entscheidung des Landwirtschaftsministeriums notwendig sei, ob und in welcher Form eine Erweiterung der Hopfenanbauflächen bewilligt werden könnte. Die Delegation hat nun ihren eingangs zitierten Standpunkt schriftlich sowohl dem Landespräsidenten als auch dem Ministerium für Landwirtschaft unterbreitet.

Der Zentralverband der Kleinbauern und Häusler wird weiter für eine soziale Lösung dieser Frage arbeiten.

Und sowas redet von Einheitsfront! Keine Industriellentagung und Handelskammerversammlung vergeht, auf der das Unternehmertum nicht entschiedenen Protest gegen die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erhobenen Forderung auf Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche erhebt. Trotzdem aber versteigt sich ein kommunistischer Artikelschreiber, H. Fridrich, Prag, in einem in der kommunistischen Presse erschienenen Artikel zu folgender Behauptung:

> „Die sozialdemokratische Forderung nach Einführung der Vierzigstunden-Woche zeigt sich somit klar als eine Maßnahme der Nationalisierung und als eine Maßnahme zugunsten der Kapitalisten."

Vielleicht erklären die Kommunisten den Arbeitern einmal, warum denn die Kapitalisten so hartnäckigen Widerstand gegen die Forderung geltend machen. Außerdem aber sollen sie aufhören zu verlangen, daß ihr Gerede von der Einheitsfront auch nur von einem sozialdemokratischen Arbeiter ernst genommen wird.

Ueberflüssige Aufregung

Die Regierung hat eine Novelle zur Parlamentswahlordnung eingebracht, für die, nach der Logik der „Bohemia" die in der Regierung vertretenen deutschen Sozialdemokraten und der Bund der Landwirte die politische Verantwortung tragen. Tschechische Regierungsparteien scheint es danach überhaupt nicht, oder doch nur als Statisten zu geben. Das ist um so merkwürdiger, als es sich bei der wesentlichen Neuerung, der Einführung eines Quorums von 125.000 Stimmen für die Zulassung zum zweiten Skrutinium, um eine Bestimmung handelt, welche die im Parlamente vertretenen deutschen Parteien überhaupt nicht berührt. Denn alle Parteien und Wahlgemeinschaften, die auf deutscher Seite im Jahre 1929 kandidiert haben, erreichten weit mehr als 125.000 Stimmen, abgesehen von der alldeutschen Volkspartei, die mit ihren 6672 Stimmen auch ohne Quorum kein Mandat erlangen konnte.

Das Quorum ist also im Gegensatz zu der Behauptung der „Bohemia", so weit deutsche Parteien in Frage kommen, keinesfalls „eine Waffe, mit der kleine Parteien niedergemäht werden können". Das gilt sogar von der „Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft", die, obwohl sie keine Partei, sondern schon eine ziemlich komplizierte Wahlgemeinschaft mehrerer Parteien ist, auch vor Einführung des Quorums nur unter den Fittichen des Bundes der Landwirte zu Mandaten kommen konnte. Es steht also der „Bohemia" schlecht an, die zweite Bedingung für die Erlangung eines Mandates als Einschränkung der Freiheit des Wählers anzuprangern, da doch ihr politisches Schoßkind schon die erste, längst geltende Voraussetzung nicht zu erfüllen vermag.

Im Eifer der Polemik hat Herr F. B. sich übrigens nicht bloß über die bestehenden Parteienverhältnisse und über die Daten der Wahlstatistik kühn hinweggesetzt, sondern auch über die klaren Bestimmungen der Vorlage selbst, die durchaus nicht die Zuteilung eines Grundmandates, sondern nur die Zulassung zum zweiten Skrutinium, also die Erlangung von Restmandaten an das Quorum bindet. Das ist kein bloßes Versehen, das an sich bei einem Parlamentarier schwer entschuldbar wäre, sondern tendenziöse Ausdeutung von Bestimmungen, die auf Seite drei desselben Blattes richtig wiedergegeben werden. Die Berechtigung der „Bohemia" Sittennoten auszuteilen, kann schon danach entsprechend gewürdigt werden.

Aber das hindert die „Bohemia" keineswegs, den Sozialdemokraten Tartüfferie vorzuwerfen, da sie auf der einen Seite Wahlbündnisse als „Verrat" bekämpfen, auf der anderen Seite aber solche Wahlbündnisse durch legislatorische Maßnahmen erzwingen. Wir haben schon bewiesen, daß das neue Gesetz kein deutsches Wahlbündnis nötig macht, das nicht schon nach den früheren Bestimmungen nötig gewesen wäre, wenn man schon die parlamentarische Existenz solcher „wertvoller politischer Individualitäten", wie sie Herr F. B. im Auge hat, als Notwendigkeit gelten lassen will. Auch haben wir niemals jedes Wahlbündnis als „Verrat" angesehen, sondern bloß die Bündnisse zwischen Fascisten und Liberalen, Hakenkreuzlern und Juden, Klerikalen und Freisinnigen, wie sie gerade auf Prager Boden, den deutschen Wählern immer wieder beschert wurden. Was aber die Tartüfferie betrifft, so scheint es uns keine größere geben zu können, als die, welche empört auffährt, wenn eine gesetzliche Maßnahme Parteien, die nicht einmal acht Prozent der im Jahre 1929 abgegebenen deutschen Stimmen auf sich vereinigen, von der Verteilung der Restmandate ausschließt, aber dem Bestreben der Heimatfront, alle deutschen Parteien auch die eigene aufzufressen, beharrlich Beifall klatscht.

Die Nummern der Kandidatenlisten

In der Novelle zur Wahlordnung ist bekanntlich auch die Bestimmung enthalten, daß die Kandidatenlisten der Parteien in der Reihenfolge der Stärke der Parteien bei den letzten Wahlen ins Abgeordnetenhaus erfolgt. Danach also werden haben Nummer 1 Republikanische Partei der Landwirte, 2 Tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei, 3 Tschechoslowakische nationalsozialistische Partei, 4 Kommunistische Partei, 5 Tschechoslowakische Volkspartei, **6 Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei**, 7 Slowakische Volkspartei, 8 Bund der Landwirte, 9 Národní sjednocení, 10 Deutsche christlichsoziale Partei, 11 Tschechoslowakische Gewerbepartei. Die weitere Reihenfolge kann nicht mehr genau angegeben werden, weil die Wahlgruppen der Magyaren noch nicht bekannt sind.

Der erste Wahlsonntag in Ungarn

Budapest. Der heutige Sonntag ist der erste Abstimmungstag für die ungarischen Reichstagswahlen. In der acht Tage umfassenden Abstimmungskampagne gelangen 245 Mandate zur Vergebung. Dabei braucht in 54 Bezirken nicht abgestimmt zu werden, da bloß ein Kandidat empfohlen wurde. Von diesen 54 einstimmig gewählten Kandidaten sind 47 Anhänger der Partei der nationalen Einheit, 6 parteilos und einer Anhänger der unabhängigen kleinen Landwirte-Partei.

Der heutige Wahltag wird die Entscheidung in weiteren 125 Wahlbezirken bringen, so daß bis zum Sonntag Abend, spätestens bis Montag früh, bereits das Ergebnis von 179 Wahlbezirken bekannt sein wird.

Flüchtlinge von beiden Seiten beschossen

Rumänisch-bulgarischer Grenzzwischenfall

Sofia. In der Nacht auf Samstag ereignete sich an der bulgarisch-rumänischen Grenze unweit von Tutrakan ein Zwischenfall. Die Grenzposten der beiden Staaten machten von ihren Schußwaffen Gebrauch, wobei zwei Menschen getötet wurden.

Nach Mitteilungen der amtlichen bulgarischen Telegraphenagentur hat sich dieser folgendermaßen abgespielt. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag überschritt eine Gruppe bulgarischer Türken aus der Gemeinde Drenowo und Umgebung auf einem Schleichwege in illegaler Weise die rumänische Grenze und begab sich zu dem rumänischen Grenzposten bei der Gemeinde Slahlare im Bezirke Tutrakan. Am Freitag wurden die Flüchtlinge von einer rumänischen Patrouille abgeführt, die sich in der Gemeinde Kowandschilar befand, und von dort wurden sie in der Nacht auf Samstag um 23 Uhr in der Richtung gegen die bulgarische Grenze eskortiert. Als die Flüchtlinge sich wiederum der bulgarischen Grenze näherten, eröffnete die rumänische Wache hinter ihnen das Feuer.

Die bulgarische Grenzwache wurde durch die Schüsse alarmiert und, dadurch beunruhigt, daß sich in der Finsternis eine große Menschengruppe dem bulgarischen Gebiete näherte und sich anschickte, in dasselbe einzudringen, eröffnete auch sie das Feuer, nachdem sie die Flüchtlinge vergeblich aufgefordert hatte, stehen zu bleiben, weil sie glaubte, daß es sich um eine Bande gefährlicher Schmuggler handle.

Zwei Flüchtlinge wurden erschossen, drei weitere erlitten leichte Verletzungen. Das entsprechende amtliche Untersuchungsverfahren wurde unverzüglich eingeleitet; ein Untersuchungsrichter hat sich an den Tatort begeben. Die bulgarischen Grenzbehörden haben um eine Zusammenkunft mit den rumänischen Grenzämtern ersucht.

Tagesneuigkeiten

Eine Tatra-Lawine tötet einen Bergführer

Neuschnee in der Slowakei, in Ungarn und Polen

Nový Smokovec. Freitag nachmittags ging in Velká Studená Dolina nad Dlouhým Lesem eine Lawine nieder, die große Felsstücke mit sich führte und den Berufsführer Budzak aus Ždiar unter sich begrub. An die Unfallstelle hat sich sofort eine Rettungsexpedition der KČST begeben, doch waren ihre Nachforschungen ergebnislos.

*

Košice. In der Nacht auf Samstag hat in der Ost-Slowakei starker Schneefall eingesetzt. Auch in Košice schneite es seit Mitternacht, so daß bis in die Morgenstunden zirka 20 Zentimeter Schnee fielen.

*

Budapest. In Budapest und in der Umgebung der Hauptstadt hat in der vergangenen Nacht ein starker Schneefall eingesetzt, so daß die Ofener Berge wiederum eine winterliche Schneedecke tragen. Aus ganz Ungarn treffen Nachrichten über starke Schneefälle und orkanartige Stürme ein. In verschiedenen Gegenden dauerte der Schneefall die ganze Nacht über an, so daß mehrere Provinzstraßen unpassierbar wurden. In der Gemeinde Riese wütete um Mitternacht ein heftiger Schneesturm. Die Schneedecke hat teilweise bereits eine Höhe von einem halben Meter erreicht, so daß die Züge in dieser Gegend mit großer Verspätung verkehren. Die Schneestürme haben an den Telegraphen- und Telephonleitungen großen Schaden angerichtet, der besonders in den nördlichen Teilen und in Transdanubien erheblich ist.

*

Warschau. Aus ganz Polen treffen Meldungen ein, daß der Winter zurückgekehrt sei. In Krakau liegt auf den Straßen eine starke Schneedecke.

Auf einer Skitour erfroren

Graz. Am Windberg im Schneealpengebiet ist der 35jährige Kaufmann Adolf Bruder aus Wien während einer Skitour erfroren. Er hatte in Gesellschaft mehrerer Skifahrer eine Tour auf die Hinteralpe unternommen, kam auf der Abfahrt zu Fall, brach sich das Schlüsselbein, konnte nicht mehr weiter und erfror. Seine Sportgefährten bemerkten seine Abwesenheit erst bei ihrer Rückkehr und begaben sich sofort auf die Suche. Erst am Morgen des nächsten Tages fanden sie ihren Kameraden.

Der Chauffeurmord bei Teplitz

Die Sezierung der Leiche des Chauffeurs Watzek hat ergeben, daß er erschossen und beraubt wurde. In seinen Taschen fand man auch einige Nummern der blauen Lotterie. Unser Berichterstatter erinnert uns dabei an folgende Tatsachen: Vor zirka 14 Tagen erschienen in Bilin, bei einem Taxichauffeur am Marktplatz zwei Männer und ersuchten ihn, er möge mit seinem Auto Punkt zwei Uhr nachmittags beim Postamt in Bilin vorfahren, da von dort eine größere Fahrt in Aussicht gestellt sei. Der Chauffeur traute der Sache nicht und erzählte dies der Polizei. Die Polizei, gemeinsam mit der Gendarmerie besetzte um zwei Uhr das Postamt, da sie nach den Aussagen des Chauffeurs einen Ueberfall auf das Postgebäude befürchteten. Tatsächlich erschienen um Punkt zwei Uhr nachmittags zwei Herren beim hiesigen Postamte und erhielten kurz darauf ein Blitztelegramm aus Wien, in dem die bereits in Wien gezogenen Nummern der blauen Lotterie bekanntgegeben wurden. Die beiden Gauner, die nach dem Erhalt dieses Telegrammes verhaftet wurden, gaben beim Verhör an, daß sie mit dem bestellten Auto in die nächste Umgebung fahren wollten, um die gezogenen Nummern noch zum Einschreiben zu bringen. Vielleicht liegt auch im Falle Watzek ein ähnliches Verbrechen vor, da man auch bei ihm Nummern der blauen Lotterie fand.

Mißglücktes Attentat auf den Kaiser von Japan

Schanghai. Der Polizei von Dairen gelang es, einen Anschlag auf den Kaiser Kangteh aufzudecken. Wie verlautet, sollen 23 unzufriedene Koreaner, die sich von Tschungtien aus in das Gebiet, das der Kaiser auf der Durchreise nach Japan benutzen muß, eingeschlichen hatten, in diesen Anschlag verwickelt seien. Die Polizei hat umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Abreise des Kaisers Kangteh nach Tokio wird am 2. April erfolgen.

Der Kladnoer Räuber verhaftet

In einem Prager Nachtlokal.

Kladno. Der Raubüberfall auf die Kassierin des Konsumvereins „Včela" in Srby bei Kladno hat eine schnelle Aufklärung gefunden. Der Verdacht der Gendarmerie richtete sich gegen den 27jährigen Jaroslav Hlaváček, welcher in demselben Haus wohnt, in welchem sich die Verkaufsstelle der „Včela" befindet. Als die Gendarmen erfuhren, daß Hlaváček mit einer Autodroschke nach Prag gefahren war, verständigten sie die Prager Polizei, die Freitag abends eine Streife durch die Prager Nachtlokale unternahm. Hlaváček wurde tatsächlich in einem Nachtlokal in der Altstadt verhaftet. Beim Verhör gab er den Ueberfall zu. Man fand bei ihm noch ungefähr 1100 Kč, dreitausend Kronen hatte er im Laufe des Tages schon durchgebracht.

80 Schwerverletzte bei einem Hochzeitszug

New Delhi. In dem Dorfe Khuri im Fürstentum Jaipur kam es anläßlich eines Hochzeitsfestzuges zu einer blutigen Schlägerei, bei der 80 Leute schwer verletzt wurden, darunter acht lebensgefährlich.

Die Ursache der Schlägerei war, daß 400 Bauern der Jat-Klasse bei dem Festzuge Pferde verwenden wollten, was die lokalen Behörden als „unzulässig für diese Klasse" bezeichneten. Als berittene Polizeitruppen gegen die Bauern, die sich den Anordnungen der Behörde widersetzten, vorgingen, kam es zu schweren Zusammenstößen, an denen sich auch die Menge beteiligte. Die Streikenden gingen mit Speeren und Knüppeln auf einander los.

Kennen gelernt! Die traditionsgemäß inhaltslosen Regierungsverlautbarungen über die Berliner Konferenz bekommen auf einmal Sinn durch die Lichtbilder, die dabei aufgenommen wurden. Simon und Eden im einfachen schwarzen Rock — Hitler in der Nazijacke mit Hakenkreuzbinde am Arm, Eisernem und Frontkreuz am Rock. So empfängt der würdige Osaf des Dritten Reiches seine englischen Gäste: den alten Liberalen Simon angetan mit dem Zeichen des bluttriefenden Mörderhasses, den jungen Staatsmann, der als jüngster Hauptmann der Armee aus dem Weltkrieg zurückkehrte, aber seine gewiß zahlreichen Kriegsorden zuhause gelassen hat, mit der Kriegsauszeichnung und dem neuerdings eingeführten Kriegserinnerungszeichen. England will den Krieg vergessen — das heutige Deutschland macht ihn durch Presse, Rundfunk und Schule täglich mehr zum Mittelpunkt alles Denkens. Die beiden Engländer haben natürlich die Art dieses Dritten Reiches schon ausreichend gekannt, nun haben sie auch seinen Führer kennen gelernt. Der mit nach Berlin gekommene Außenpolitiker des „Daily Herald" W. N. Ewer, berichtet vom ersten Tag, daß die neun Sitzungsstunden zum größten Teil ausgefüllt waren durch die „mit mehr Sinn für Rhetorik als für die Wirklichkeit" vorgetragenen Darlegungen Hitlers über die Aufgabe Deutschlands, das Bollwerk gegen die bolschewistische Gefahr zu sein. Er kann dem Ausland ja nichts anderes bieten als diese Walze, unter deren Klängen sie schon den Reichstag in Flammen aufgehen ließen, um sich der Opposition zu entledigen und mit deren blödem Lärm sie die Schmerzensrufe und Todesschreie ihrer Opfer glauben ersticken zu können. Die Sowjetunion kann nichts anderes brauchen als Frieden zur Hebung ihrer Völker, die kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands sind in ihren Staaten praktisch bedeutungslos, weit entfernt davon, irgendeine Gefahr zu sein. Vom Dritten Reich aber gehen alle die Hetzereien nicht nur, gehen selbst die Fememorde und Menschenraube aus, die keine Grenze und fremde Staatshoheit achten. Nicht der Bolschewismus ist die Gefahr für Zivilisation und Kultur, sondern das ist jene Kraft, die zur Tarnung ihrer eigenen Verbrechen sie alle hinstellt als Abwehr der kommunistischen Gefahr. Es gibt nichts anderes für die nichtfaseistische Menschheit als sich auf das festeste zusammenzuschließen gegen die Schmach unseres Jahrhunderts.

Entfallende Minister-Empfänge. Justizminister Dr. Ivan Dérer, Minister für Eisenbahnwesen Rudolf Bechyně, der Innenminister Dr. Josef Černý, der Minister für Post- und Telegraphenwesen Dr. Emil Franke und Ker Minister für Unifizierung Msgr. Jan Šrámek empfangen am Dienstag, dem 2. April, keine Besuche.

Selbstmord eines Staatsbahnrats. In der Familie des 42jährigen Rates der Staatsbahnen in Kaschau, Dr. Josef Schütze, spielte sich gestern eine Tragödie ab. Rat Schütze, bei dem in den letzten Tagen Anzeichen einer Nervendepression bemerkt wurden, schoß auf seine Gattin, worauf er die Waffe gegen sich selbst richtete. Seine Frau wurde nur leicht an der Hand verletzt, während Schütze sofort tot war. An Ort und Stelle der Tragödie, die in Kaschau große Erregung hervorrief, begab sich eine Gerichts- und Polizeikommission.

Falschgeld-Grotesken. Aus Bukarest wird berichtet: In einem siebenbürgischen Dorf wurden drei Zigeuner unter dem Verdacht der Falschmünzerei verhaftet. Das gefälschte Geld, Ein- und Zwei-Leistücke, wurden ihnen jedoch nicht abgenommen. Der Transport der Verhafteten durch die Gendarmerie zur nächsten Gerichtsbehörde nahm längere Zeit in Anspruch, während deren sich die Zigeuner selbst verpflegen mußten. Bei der Einlieferung ins Gerichtsgefängnis war das Falschgeld nicht vorhanden. Die Verhafteten hatten es unter den Augen der Gendarmerie während des Transportes für die Verpflegung, welche sie selbst zu bezahlen hatten, ausgegeben. Eine ähnliche Geschichte hat sich in einer Kleinstadt in der Moldau ereignet, wo es sich allerdings um Banknoten handelte. Die beschlagnahmten Banknoten waren dem Bürgermeister zur Beförderung an die zuständige Gerichtsbehörde in Bukarest übergeben worden. Da die Sendung längere Zeit nicht eintraf, begann man nachzuforschen. Das Ergebnis der Nachforschungen war, daß der Bürgermeister die gefälschten Banknoten durch Postanweisung abgesandt hatte.

Radiohörer, Achtung!

Die Verbände der Rundfunkhörer haben eine Aktion eingeleitet, welche die schnellste Herausgabe eines Gesetzes gegen elektrische Störungen des Radioempfanges zum Ziele hat. Der Entwurf eines solchen Gesetzes wurde vom Postministerium bereits den interessierten Verbänden und Körperschaften vorgelegt. Jeder Radiohörer ist an dem Störschutz interessiert, alle Radiohörer müssen sich der Bewegung für den sofortigen und ausreichenden Schutz des Rundfunkempfanges anschließen. Vorträge und Plakate sollen diesem Zweck dienen. Wir ersuchen daher die Rundfunkhörer, sich an den „Freien Radiobund" zu wenden, welcher dem Aktionsausschuß der vereinigten Radiohörerverbände angehört und durch Abhaltung von Versammlungen und Beistellung von Plakaten die Bewegung der Rundfunkhörer organisiert.

„Freier Radiobund", Prag XII, Fochova 62/V.

Kindesentführer soll gehenkt werden. Das Oberste Gericht in Jefferson-City im amerikanischen Bundesstaate Missouri bestätigte am Samstag das Todesurteil gegen Walther H. McGee, der, um ein Lösegeld zu erpressen, Ende Mai 1933 die Tochter des bekannten Bürgermeisters von Kansas City entführt und 30 Stunden gefangengehalten hat. Es handelt sich hiebei um das erste Todesurteil, das in den Vereinigten Staaten für eine Entführung ohne tödlichen Ausgang verhängt wurde. Walther McGee wird am 10. Mai in Kansas City gehenkt.

Fünf Hinrichtungen in Sowjetrußland. In Dscharkent (Turkestan) verurteilte der Oberste Gerichtshof fünf ehemalige Bauern und Angestellte zum Tode durch Erschießen. Die Urteile wurden bereits vollstreckt. Die Hingerichteten hatten seit dem Jahre 1934 die Gegend von Dscharkent durch Ueberfälle unsicher gemacht und vier Sowjetbeamte erschossen.

Flugzeug-Katastrophe. Bei Takejama (Japan) stürzte gestern früh ein Wasserflugzeug ab und ging in Trümmer. Von der siebenköpfigen Besatzung wurden drei Mann sofort getötet, während die vier übrigen schwere Verletzungen erlitten.

Ernennungen an der deutschen Universität. Der Präsident der Republik hat den bisherigen außerordentlichen Professor Josef Pfitzner zum ordentlichen Professor für osteuropäische und für Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, den Dozenten Dr. Ernstberger zum außerordentlichen Professor für neuere Geschichte, den Dozenten Lichtenecker zum Titular-ao. Professor für theoretische Physik und den Titular-ao. Professor Felix Schleißner zum ao. Professor der Kinderheilkunde ernannt.

In der Freien Schule für politische Wissenschaften in Prag I. (Ovocný trh 3) im Karolinum finden die Einschreibungen für das Frühjahrssemester täglich von 9 bis 12 Uhr und von 16 bis 18 Uhr bis einschließlich 6. April statt. Gedruckte Prospekte im Sekretariat der Schule.

Allmähliche Milderung der Kälte. In Mitteleuropa herrscht veränderliches kühles Wetter mit Schneeschauern. In unseren Gegenden, wo auch untertags strichweise Frost herrscht, entspricht die Temperatur den normalen Verhältnissen in der ersten Feberhälfte. Die Kältewelle hat bei ihrem Fortschreiten nach Süden auch Italien überflutet, wo es Samstag nachmittags stellenweise um zehn Grad Celsius kälter war als tagsvorher. Der kalte Nordwind dürfte allmählich abflauen, und eine wärmere westliche Luftströmung, die am Samstag in Schottland Temperaturen um plus 10 Grad gebracht hat, bei uns zwar noch nicht zur Geltung kommen, trotzdem kann eine allmähliche Milderung der Kälte erwartet werden. Die Nächte werden noch sehr kühl bleiben, namentlich für den Fall, daß es sich unter dem Einfluß eines Hochdruckgebietes, das über Nordfrankreich liegt, vorübergehend aufheitert. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Allmähliches Abflauen des Nordwindes, weitere Abnahme der Neigung zu Schneeschauern, wechselnd bewölkt und zeitweise ziemlich heiter. In den Niederungen Nachtfrost, auf den Bergen Ganztagsfrost, im allgemeinen jedoch bereits etwas wärmer. — Wetteraussichten für Montag: Weitere allmähliche Erwärmung, Wetter jedoch noch unsicher.

Vom Rundfunk

Aktion gegen Rundfunk-Störungen

Am Freitag wurde im großen Saale der Städtischen Zentralbücherei in Prag eine Manifestationsversammlung für die Gesetzwerdung der Novelle betreffend den Schutz des Rundfunks vor Störungen, die bereits vom Postministerium ausgearbeitet wurde, abgehalten. Die Versammlung war von sämtlichen tschechischen und deutschen Rundfunkkorporationen einberufen worden. An der Kundgebung nahmen etwa 700 Personen teil. Den Vorsitz führte Prof. Dr. Ernest, der die kulturelle und staatliche Bedeutung des Rundfunks hervorhob. Ueber die juristische Seite des Gesetzentwurfes sprach in allen Einzelheiten Dr. Kamil Sulc, über die technische Seite des Problems referierte Doz. Dr. Jar. Safránek, der in klarer Weise die Möglichkeit der Durchführung von Entstörungen nachwies. Für die Radioklubs betonte die Bedeutung eines ungestörten Rundfunkempfangs Prof. Náprawník aus Spišská Nová Ves.

Nach abgeführter Aussprache wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die den Gesetzentwurf des Postministeriums begrüßt und eine beschleunigte Sicherung des ungestörten Rundfunkempfangs auf gesetzlichem Wege fordert.

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Sonntag.

Prag. Sender L: 7.30: Konzert aus Karlsbad, 9.15: Französische Musik, 10: Salonquartett Musik, 11: Matinee des Orchesters der Prager Sendestation, 13.45: Sozialinformationen, 17.50: Deutsche Sendung: Seemann, 18: Uebertragung aus Karlsbad: Das lustige Egerland, Hörspiel, Vorschau auf das Musikprogramm der tschsl. Sender, 18.50: Deutsche Presse, 18.55: Schallplatten: Von Gluck, 19.05: Populäres Konzert, 22.20: Schallplatten von Richard Strauß. Sender S: 14.30: Deutsche Sendung: Landwirtschaft, 14.45: Arbeiterfunk: Dr. Baumgärtl: Demokratische und nichtdemokratische Justiz, 15: Der Liebe Lust und Leid, Lieder von Brahms und Reger. — **Brünn** 15: Susannes Geheimnis, Oper, 18.50: Deutsche Sendung: Dr. Festa: Zeitkunst oder zeitlose Kunst, 20.10: Slowakische Lieder. — **Mähr.-Ostrau** 19.05: Operettenmusik. — **Preßburg** 19.05: Unterhaltungsmusik, 20.10: Populäres Orchesterkonzert.

Montag.

Prag. Sender L: 10.05: Deutsche Presse, 12.10: Ouverturen auf Schallplatten, 13.35: Arbeitsmarkt, 16.35: Kinderstündchen, 18.15: Deutsche Sendung: Huf: Zweck und Sinn der deutschen Studentenfürsorge, 18.25: Tauber: Die Frau von heute, 18.50: Deutsche Presse, 19.15: Wir lernen russisch, 21: Gesangskonzert, 22.15: Tanzmusik, 22.30: Deutsche Nachrichten. Sender S: 14.20: Märsche auf Schallplatten, 14.40: Klavierkonzert, 15.05: Deutsche Sendung: April-April, heiteres Blitzprogramm, 15.35: Deutsche Presse. — **Brünn** 12.10: Arbeitsmarkt, Sozialinformationen, 13.40: Berühmte Tenoristen auf Schallplatten, 17.45: Deutsche Sendung: Brünner Brettl, Rundfunkkabarett. — **Mähr.-Ostrau** 18.15: Deutsche Arbeitersendung: Wiese-Langer singt Lieder von Hugo Wolf, 19.30: Buntes Programm. — **Preßburg** 15.55: Orchesterkonzert, 17.10: Musik des russischen Balalaikaorchesters.

Dienstag.

Prag. Sender L: 10.05: Deutsche Presse, 11.05: Deutscher Schulfunk, 11.50: Schallplatten: Bach, 16.45: Kinderstunde, 17.45: Violoncellokonzert, 18.15: Deutsche Sendung: Dr. Weil: Wirtschaftliches Relief, 18.25: Reichenberger Komponisten, 18.50: Deutsche Presse, 21.35: Orchesterkonzert. Sender S: 14.35: Leichte Musik, 15: Deutsche Sendung: Rose Walter singt Lieder. — **Brünn** 10.15: Orchesterkonzert, 17.50: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Husserl: Ein proletarisches Kinderheim, 18.20: Sozialinformationen. — **Mähr.-Ostrau** 19.30: Leichte Orchestermusik. — **Preßburg** 18.05: Violinkonzert. — **Kaschau** 15.55: Orchesterkonzert.

Luftschutz
als demokratischer Abwehrkampf

Zum Regierungsentwurf eines Luftschutzgesetzes

III.*)

Das Problem der Abwehr von Fliegerangriffen hat noch ein wichtiges Teilgebiet, das in seiner drohenden Größe wohl geeignet ist, zum besseren Verständnis des Luftschutzgesetzes und seiner Beweggründe beizutragen. Ich meine die Frage der Evakuierung, der Räumung jener Städte, die von Luftangriffen stark bedroht sind.

Lyon 1930.

Im Juli 1930 fanden in Frankreich große Luftmanöver statt, u. zw. über dem Stadtgebiet von Lyon. Wie alle solchen Uebungen, ergaben sie die Unmöglichkeit, die Einwohner mit den Mitteln des „aktiven Luftschutzes" (Horchgeräte, Signaldienst, Scheinwerfer, Fliegerabwehrkanonen und Jagdflugzeuge) wirklich zu schützen. Damals hat zum erstenmal eine Manöverleitung in ihrem Bericht einen Gedanken ausgesprochen, der nach den Erfahrungen im Weltkrieg nahe genug lag, der aber die ungeheure Verschärfung der Gefahren durch die neuen Kriegsmittel zeigte. Vergleichen wir die Aussage Ludendorffs in seinen Memoiren, daß im September 1918 bereits Luftangriffe auf Paris und London mit Elektron-Brandbomben vorbereitet waren und nur im letzten Augenblick vom obersten Heereskommando eingestellt wurden; und berücksichtigen wir, daß hingegen die Vorbereitende Kommission der Abrüstungskonferenz am 24. April 1929 den Antrag, den Bombenabwurf auf Städte des Hinterlandes zu verbieten, abgelehnt hat; so erscheint die Proklamation des Generals Serrigny, des Leiters der Lyoner Luftmanöver, nur als Folgerung aus den Tatsachen: daß nämlich die Sicherheit der städtischen Bevölkerung auf keine andere Weise gewährleistet werden kann als durch Evakuierung der bedrohten Städte. Was bedeutet das? Sowie der Krieg erklärt ist, ja vielleicht von einem Kriegsausbruch ohne Kriegserklärung an, sind die Verkehrs- und Industriezentren jederzeit in Gefahr, durch Fliegerangriffe in Trümmer gelegt, in Brand gesteckt und mit Giftgasen verpestet zu werden; und die Bevölkerung muß logischerweise schleunigst die Stadt verlassen, um nach Kriegsende vielleicht in ein rauchendes Trümmerfeld zurückzukehren. Schon 1929 hatte der maßgebendste deutsche Fachmann, Dr. Hanslian, der stets den „übertriebenen Gerüchten" entgegentrat, über die Räumung der Städte geschrieben: „Eine solche Räumung kann ganz plötzlich notwendig werden und ist dann, wenn auch noch so sorgfältig vorbereitet, nichts als eine Flucht für das nackte Leben, verbunden für die überwiegende Mehrzahl mit Fußmärschen unter Mitnahme des Notwendigsten, Uebernachten unter freiem Himmel, in Baracken oder Zelten im weiteren Umkreis der Stadt." Die Panik, welche der fliehenden Bevölkerung droht, hat der deutsche Major Helders in dem 1932 erschienenen Buch „Luftkrieg 1936. Die Zertrümmerung von Paris" in den düstersten Farben geschildert. Wer nicht im eigenen Auto aus der Gefahrenzone entweichen kann, ist aufs schwerste bedroht.

Ganz gleich! Da nun einmal der Luftkrieg nach dem Willen der Mächtigen vorbereitet wird, so ist auch die Aufgabe der Evakuierung gestellt und muß in Angriff genommen werden, trotz allen Schwierigkeiten organisatorischer, technischer und finanzieller Art. Der erste Staat, der sie in Angriff nahm, ist derselbe, der auch den Luftangriff durch massierte Flugzeuggeschwader als erster verkündete und vorbereitete: das faszistische Italien.

Das italienische Beispiel.

Eine deutsche Fachzeitschrift referierte im November 1934 über die elf Luftschutzgesetze Italiens und berichtete unter anderem: „Eine Instruktion über das Problem der Räumung wird gegenwärtig ausgearbeitet. Eine vollständige und für die ganze Kriegszeit geltende Räumung wird für alle diejenigen Personen vorgesehen, die weder dem militärischen noch dem öffentlichen, noch dem Luftschutzdienst angehören. Die Instruktion sieht unter anderem eine Statistik für alle in Frage kommenden Orte vor, die folgende Angaben enthält: 1. die Zahl der Personen, die die Stadt sofort verlassen; 2. die Zahl der in der Stadt bleibenden Personen; 3. die Zahl der von amtswegen zu entfernenden Personen, für die Abwanderungsziel, Transportmittel, Abzugstag, Verproviantierungsmöglichkeiten vorzusehen sind. Die Gemeinden geben Fragebögen aus, in denen die Bürger anzugeben haben, ob sie im Kriegsfalle die Stadt von sich aus verlassen wollen, wohin sie sich begeben werden und über welche Mittel sie verfügen. Andernfalls haben sie zu begründen, weshalb sie die Stadt nicht verlassen können und wohin sie bei einer Zwangsräumung gebracht werden wollen. Weiters enthält die Instruktion Richtlinien für die Gemeinden oder Ortschaften, welche die Flüchtlinge aufzunehmen haben. Die Unterbringung erfolgt in behelfsmäßigen Holz- oder Steinbaracken."

Bei aller Gründlichkeit, mit der hier das autoritär regierte Italien seine Hilfsmittel ausnützt, erfährt man doch nicht, wie die „behelfsmäßig untergebrachte" Bevölkerung, sofern sie nicht über ausgiebige „Mittel verfügt", auf Kriegsdauer ihr Leben fristen soll. Ein Beispiel für die Größe der Aufgaben, vor welche hier der Staat gestellt ist.

Sieht die Regierungsvorlage die Räumung vor?

Sie erteilt den Behörden die Ermächtigung zu den notwendigen Verfügungen. Im § 6 heißt es: „Die politische Behörde ist berechtigt, wenn Gefahr im Verzug ist, weitere notwendige Vorkehrungen zum Schutze von Fliegerangriffen zu treffen, notwendige Anordnungen und Verbote polizeilicher Art zu erlassen"; und der Motivenbericht sagt zu der Stelle: „In Betracht kommen da namentlich die vollständige oder teilweise Evakuierung besonders bedrohter Orte ...", so daß man sieht: die Gesetzgeber denken in der Tat an die Räumung der Städte.

Für uns aber ergibt sich die Frage, wie wir uns zur Vorbereitung der Evakuierung einstellen sollen. Es geht doch wohl nicht an, daß unsere Parteivereine und Kulturorganisationen einer so umwälzenden Sache passiv gegenüberstehen. Die Frage der aktiven Mitwirkung zeigt die Schicksalsschwere der Probleme, vor die uns das Gesetz stellt. Im Kriege wurden natürlich die Entscheidungen einheitlich durch die militärische und politische Behörde getroffen. Die Vorbereitungen jedoch, welche schon lange vorher beginnen mußten, um Erfolg zu haben, können nicht ohne die Mithilfe der Bevölkerung geschehen. Das zeigt sogar die Instruktion für die so stramm regierten Italiener. Auch die Frage der Evakuierung kann in demokratischer Form gelöst werden; dann freilich wird sie vielleicht am meisten dazu beitragen, daß die wirkliche Größe der Gefahr erkannt wird. Oder sie erfordert diktatorische Maßnahmen, welche die Bevölkerung schon lange vor dem Kriege unter starken behördlichen Druck setzen. Die Aufgabe schneidet tief in das Volksleben ein und wir dürfen uns ihr nicht entziehen.

E. B.

*) Siehe die beiden Artikel vom 25. u. 28. d. M.

Mehr Handel mit Rußland!

Nachdem nun der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit Rußland die Unterzeichnung des Handels- und Schiffahrtsvertrages gefolgt ist, ist die Bahn frei für eine engere Verknüpfung auch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Der Handels- und Schiffahrtsvertrag ist ein sogenannter Rahmenvertrag, für dessen Erfolg entscheidend ist, mit welchem Inhalt er erfüllt wird. Bei dem russischen Handelssystem schafft ein Handelsvertrag tatsächlich erst die Rechtsgrundlage für weitere Verhandlungen, für einen Warenaustauschvertrag und für andere Abkommen, die dann insgesamt erst den Warenverkehr mit Sowjetrußland in Fluß bringen können.

Es werden also mit dem unterschriebenen Vertrag die Voraussetzungen für die Belebung des Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern geschaffen. Bisher war der Außenhandel der Tschechoslowakei mit Rußland geradezu kläglich. Er betrug dem Warenwerte nach:

	Einfuhr Millionen Kč	Ausfuhr Millionen Kč
1934	95.6	31.9
1933	112.8	77.4
1932	163.8	120.8
1931	278.1	489.5
1930	301.6	328.1
1929	256.7	258.7

Auch in seinem Gesamtumfang blieb der tschechoslowakische Außenhandel mit dem 170-Millionenstaat Rußland weit hinter dem zurück, den er mit Staaten mit einer Bevölkerungsziffer von 12, 10 Millionen und weniger aufweist!

Die Möglichkeiten einer starken Intensivierung des Handelsverkehrs sind also gegeben, selbst wenn man die fortschreitende Industrialisierung Rußlands berücksichtigt.

Wenn auch diese steigende Industrialisierung immer mehr Waren für die Hundertsiebzig-Millionen-Bevölkerung hervorbringt, so lehrt die Geschichte der Wirtschaft doch, daß die Industrialisierung eines Gebietes den gegenseitigen Handelsverkehr mit anderen Staaten nicht herabsetzt, sondern steigert.

Diese Tatsache wird durch die starke Einfuhrdrosselung, die Rußland in den letzten Jahren durchgeführt hat, nicht aufgehoben. Diese Einfuhrdrosselung wird von den Sowjetbehörden viel mehr als in anderen Ländern als eine Waffe in der Handelspolitik systematisch angewendet. Sehr aufschlußreich ist in dieser Hinsicht ein Bericht, der im Organ des Volkskommissariats der Sowjetunion „Za Industrializaziu" soeben erschienen ist und einen ausführlichen Kommentar zu der Rede liefert, die der Außenhandelskommissar Rosengolz auf dem vor kurzem stattgefundenen Sowjetkongreß in Moskau gehalten hat. Das offiziöse Moskauer Wirtschaftsblatt schreibt, daß die erhebliche Drosselung der Sowjeteinfuhr in den letzten Jahren keineswegs als Beweis dafür dienen könne, daß Sowjetrußland sich von dem Ausland abschließen wolle. Sie bedeute vielmehr, daß die Sowjetregierung „die Hebel der Regulierung des Imports fest in die Hand genommen" habe und daß nur günstige Bedingungen sie veranlassen können, die Einfuhr zu erweitern. Von besonderer grundsätzlicher Bedeutung seien die vom Außenhandelskommissar Rosengolz in seiner Rede vertretenen Anschauungen, die eine volle Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit im Handelsverkehr der Sowjetunion mit dem Ausland fordern. Die Sowjetunion werde nicht in einem Lande kaufen, in dem sie keine Absatzmöglichkeiten habe. Eine weitere Bedingung seien normale Preise für die Sowjetaufträge und normale Zinssätze für die Kredite. Die Sowjetregierung habe bereits in der letzten Zeit in ihrer Bestellpolitik die Praxis verfolgt, ungünstige Kredite für Sowjetaufträge abzulehnen und sich auf Barkäufe zu beschränken, was eine Einschränkung der Handelsbeziehungen mit den betreffenden Ländern zur Folge haben müsse. Die der Sowjetunion für ihre Bestellungen eingeräumten Kredite müßten indessen nicht nur billig, sondern auch langfristig sein. Für die Sowjetregierung bestehe kein Zwang mehr, zwecks schnellerer Industrialisierung ihrer Wirtschaft technische Ausrüstungen unter Inanspruchnahme kurzfristiger Firmenkredite zu kaufen.

Den ersten Platz in der Sowjeteinfuhr würden diejenigen Länder einnehmen, mit denen die Sowjetregierung die Handelsbeziehungen für längere Zeit auf der Grundlage langfristiger Kredite regeln könne.

Die von dem Moskauer Wirtschaftsorgan als Voraussetzung für rege Handelsbeziehungen aufgestellten Bedingungen erscheinen durch den tschechoslowakisch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrag als erfüllt. Diese Auffassung ist anläßlich der Unterzeichnung von der sowjetrussischen Tagespresse zum Ausdruck gebracht worden. Die Moskauer „Iswestija" schreibt, daß das abgeschlossene Abkommen einen ständigen Charakter habe, für längere Zeit vereinbart wurde und die Gesamtheit aller, der zwischenstaatlichen Regelung unterliegenden Wirtschaftsfragen umfasse. Sie verweist ausdrücklich darauf, daß

die hochentwickelte tschechoslowakische Industrie alle Vorbedingungen besitzt, um eine angemessene Stelle unter jenen Staaten einzunehmen, die ihre Produkte nach Rußland exportieren.

Als eine Garantie für die Entwicklung des Handelsverkehrs wird hervorgehoben, daß die tschechoslowakischen Handelskreise noch vor der Vereinbarung des Handelsvertrages auch die kreditmäßigen Bedingungen geschaffen haben, die für die Entfaltung der normalen Wirtschaftsbeziehungen nötig sind.

So groß die Genugtuung innerhalb der Arbeiterschaft über die Herstellung enger politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Sowjetrußland ist, noch größer wäre die Freude, wenn sich die Hoffnungen auf einen starken Aufschwung des Außenhandels zwischen den beiden Ländern erfüllen würden und als eine Folge dieser günstigen Entwicklung die Arbeitslosigkeit unter der Industriearbeiterschaft unseres Staates einen erheblichen Rückgang erfahren würde.

„Abschaum der Menschheit"!

Die letzten Berichte der französischen und Schweizer Behörden über den Stand der Untersuchung im Falle Jacob nennen neue Namen, die in mehr als einer Hinsicht interessant sind. Als Komplicen Wesemanns werden der Vizedirektor des Propagandaministeriums, Dr. Aschmann, und der Journalist Georg Schwarz bezeichnet. Aschmann versieht gleichsam den Außenspitzeldienst der Gestapo und gibt den draußen arbeitenden Agenten die Direktiven.

Dieser Aschmann mimte in republikanischer Zeit einmal den Ueberdemokraten, um — Karriere zu machen. Noch drei Jahre vor Anbruch des Diktaturregimes bezeichnete er die Nazis als „Abschaum der Menschheit" und seinen jetzigen direkten Vorgesetzten Dr. Goebbels als eine „Mischung aus Verbrecher und Geisteskranken".

Jener Georg Schwarz aber, der heute gleichfalls für den deutschen Spitzeldienst arbeitet, war einmal kommunistischer Chefredakteur und bot sich noch knapp vor Torschluß für antinationalsozialistische Spitzeldienste an. Zwölf Wochen danach aber meldete er sich bei der NSDAP als Parteimitglied und übergab dort — gleichsam als Beschwichtigungsgeld — „kompromittierendes Material" über die Kommunisten, das zum Teil auf seiner eigenen Betätigung fußte! Dieser Mensch, der bereit wäre, für Geld alles, selbst das abgründigste, zu tun, ist heute „angesehener" Paradespitzel derjenigen, die er selbst bespitzeln wollte!

Teplitzer Theaterbrief

Aus den Treuhänden einer Arbeitsgemeinschaft hatte die Direktion Richter (Vater und Sohn) das Teplitzer Stadttheater im Sommer 1934 übernommen und ihre Spielzeit am 1. Oktober 1934 eröffnet. Die Erinnerung an das frühere Wirken des Direktors Richter im alten Stadttheater verbreitete in der Oeffentlichkeit die Zuversicht, daß es den neuen Leitern gelingen werde, den Theaterbetrieb bei Erhaltung eines angemessenen künstlerischen Niveaus soweit zu stabilisieren, daß man nicht wieder — wie im Falle Scherler — nach einigen Wochen den finanziellen Zusammenbruch fürchten mußte. In den Kreisen der Theaterfreunde und -besucher fehlte es auch nicht an Bemühungen, der neuen Direktion die Wege zu ebnen und sie vor allem durch Werbemaßnahmen verschiedenster Art zu unterstützen. War man sich doch dessen bewußt, daß das Theater dringend einer wenigstens annähernd gesicherten Entwicklung bedurfte, um sich von den Erschütterungen der ersten Bestandsjahre zu erholen.

Es kam anders! Zum vertraglich festgelegten Termin, dem 15. Februar 1935, überreichte Direktor Richter dem Stadtrat seine Kündigung, derzufolge er mit 30. April laufenden Jahres die Theaterleitung niederlegt. Er selbst begründete diesen Schritt in „allererster Linie" damit, daß „die Ausgaben größer sind als die Einnahmen", und daß er nicht in der Lage sei, das aufgelaufene „Defizit ein zweites Jahr zu tragen". Direktor Richter verwies in einem an die Oeffentlichkeit gerichteten Interview auf die zu erwartende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, auf die schädigenden Bestimmungen des Landesamtes betreffs Beschäftigung von ausländischen Künstlern, auf unausbleibliche Erhöhungen des Budgets durch Forderungen des Bühnenbundes und Orchesters und schließlich auch auf geringe Theaterfreudigkeit der Teplitzer Bevölkerung.

Ohne auf die Gründe der Direktion Richter hier im einzelnen einzugehen, muß doch ausgesprochen werden, daß der Bühnenbund und der Orchesterverband durch die Presse sofort in Erklärungen erwiderten, daß von ihnen keinerlei Forderungen erhoben wurden, die eine Mehrbelastung des Theaterbetriebes zur Folge hätten. Dieser Brief will sich grundsätzlich darauf beschränken, die Tatsachen auszusprechen. Zu einer kritischen Betrachtung wird ein andermal Gelegenheit sein. Das muß man der Direktion Richter zugestehen, daß sie in dem halben Jahre ihrer Betriebsführung bemüht war, eine wirtschaftliche Basis zu gewinnen und sie zu erhalten. Ob die dabei benützten Mittel immer weitsichtig gewählt waren, soll augenblicklich nicht untersucht werden.

Die Direktoren Richter eröffneten die Spielzeit im Oktober 1934 mit allen drei Spielgattungen. Ein Ensemble aus 27 Solokräften stand im festen Vertragsverhältnis. Es war im weitesten Sinne Operettenbühne, was nach „fließenden Grenzen" zusammengestellt, was wohl am deutlichsten daraus ersichtlich wird, daß die Opernsängerin im Laufe der sechs Monate von der Carmen über die lustige Witwe und verschiedene Schauspielpartien bis zum Kindermärchen so ziemlich alles gespielt hat, was innerhalb, außerhalb, oberhalb und unterhalb ihres Faches liegt. Die tragenden Fächer in Oper und Operette blieben unbesetzt; für sie lud man von Fall zu Fall Fremde zu Gaste. Auch im Schauspiel fehlten entsprechende Vertreter für den ersten Bonvivant, die Salondame, die Mütterspielerin u. a. m. Ueber solche Mängel versuchte der Betrieb mit einer Reklameentfaltung ohnegleichen hinwegzukommen. Teplitz war in den beiden Monaten ein Theater der unüberbietbaren „Sensationen". Als der Glaube an die „großen Gäste" und die „erstklassigen Besetzungen" langsam zu wanken begann, setzte eine Ausverkaufs-Preispolitik ein, die fast nur noch Vorstellungen „zu Kinopreisen" brachte und natürlich einen Entrüstungssturm der Abonnenten auslöste. Freilich wurde durch die niedrigen Preise von 4 bis 10 Kč und von 2 bis 6 Kč das Theater für weite Bevölkerungsschichten erschlossen, die sonst für den Besuch nicht hätten gewonnen werden können. Es kann auch gar nicht bezweifelt werden, daß nur niedrige Preise zum wahren Volkstheater führen können. Aber sie haben ihre Voraussetzung in Subventionen. Im Massenabverkauf allein lassen sie sich nicht erzwingen, ohne durch die dabei unvermeidbare Hast im Auffüllen des Spielplanes das künstlerische Niveau bedenklich herunterzudrücken. Vor allem aber kann man „Kinopreise" nicht auf Kosten der Gagen und durch einen Raubbau an der Arbeitskraft der Künstler erreichen. Am ersten Weihnachtsfeiertag gab das Teplitzer Ensemble nicht weniger als sechs Vorstellungen und zwei Saalveranstaltungen! Bei einer durchschnittlichen Solistengage von 1500 Kč (die sich ergibt in einer Spanne von 750 Kč bis zur nur einmaligen Prominentengage von 4000 Kč).

Der Spielplan freilich war noch nie so mannigfaltig wie in den sechs Monaten der Direktion Richter und man kann vereinzelten tüchtigen Leistungen die Anerkennung nicht versagen. Bei nächster Gelegenheit kann darüber berichtet werden. Im allgemeinen ließ aber der überhastete Betrieb keine gewissenhafte Durcharbeitung der Werke zu; obgleich die Darsteller mit Aufgebot aller Kraft und voller Hingabe ihrer Aufgabe oblagen.

Die übersichtliche Kennzeichnung der Situation kann abgeschlossen werden mit dem Urteil, daß die Direktion Richter vor allem bemüht war, den Betrieb finanziell zu sichern und daß ihr das für die zu Ende gehende Spielzeit gelungen ist. Freilich nur soweit, daß sie ohne Lasten den Abschied nehmen kann. Die künstlerische Leistung steht der wirtschaftlichen nach. Aber sie verzeichnet achtbare Einzelerfolge.

Im Augenblick läuft noch die Neuausschreibung des Theaters. Ein großer Ansturm an Bewerbungen ist nach so vielen wirtschaftlichen Mißerfolgen nicht zu erwarten. Darin nimmt nun freilich Teplitz keine Sonderstellung ein — es repräsentiert nur die Situation des sudetendeutschen Theaters überhaupt: es ist ohne staatliche Unterstützung nicht mehr lebensfähig, wenn es nicht seine künstlerisch-kulturellen Aufgaben preisgeben und ein Ausverkaufsmarkt für billige Unterhaltungsware werden soll.

E. Thöner.

PRAGER ZEITUNG

OGR Dr. Franz Kaisler in den Ruhestand

Im Verlaufe des letzten Jahres ist die alte Richtergeneration beim Prager Strafkreisgericht durch Todesfälle, Pensionierungen und Versetzungen zum Obergericht sehr zusammengeschmolzen. Mit 1. April d. J. scheidet auch OGR Dr. Franz Kaisler, der Präsident des ersten Strafsenates aus dem aktiven Richterdienst und tritt in den dauernden Ruhestand. OGR Dr. Kaisler, der heute im 64. Lebensjahr steht, wirkte zuerst in Prag, dann, bis zum Jahre 1920 beim Bezirksgericht Hořice, dessen Vorsteher er vor seiner Versetzung zum Königgrätzer Kreisgericht war. 1926 wurde er zum Obergerichtsrat befördert und dem Prager Landesgericht (heute Kreisgericht) zugeteilt.

Dr. Franz Kaisler zählte zu den Richtern, die von ihrem Berufe die edelste Vorstellung haben. Seine ganz außerordentliche Gewissenhaftigkeit und absolute Objektivität als Richter verband sich mit tiefer Menschlichkeit. Dr. Kaisler hat sich sein Amt nicht leicht gemacht. Wir wissen, daß er am glücklichsten war, wenn die Urteile, die er, nach dem Buchstaben des Gesetzes zu fällen hatte, mit seinem menschlichen Gewissen im Einklang standen. Dieser ausgezeichnete Richter und Mensch war tatsächlich um Rechtsprechung im besten Sinne des Wortes bemüht. Wir sehen ihn ungern scheiden. rb.

Bestialität findet Sühne. Die Marie Bojtar, die, wie gestern gemeldet, das ihrer Aufsicht für zwei Stunden anvertraute Kind ihrer Hausmeisterin Marie Mezera in sadistischer Weise ermordet hat, wurde aufs Polizeikommissariat gebracht, wo sie die Tat leugnete und behauptete, der Nachttisch sei auf das Kind gefallen und habe es erschlagen. Sie wurde vom Polizeiarzt untersucht, der, trotzdem sie bereits dreimal im Irrenhaus gewesen war, keine Zeichen von Geisteskrankheit an ihr feststellen konnte. Sie wird deshalb nach Pankrac eingeliefert. Die Leiche des Kindes wurde zur Sezierung ins Institut für gerichtliche Medizin gebracht.

Hehlerhöhle in Karolinental. Die Inhaberin eines Geschäftes in Karolinental, Königsstraße 104, Marie Zemin, stand bereits seit längerer Zeit im Verdacht, gestohlene Waren zu verkaufen. Der Verdacht verstärkte sich, als man in letzter Zeit den bekannten Dieb Jaroslav Tkadleček, seines Zeichens arbeitsloser Schmied, wohnhaft Prag I., geboren 1907, öfters mit einem Rade bei ihr vorfahren sah. Tkadleček wurde angehalten und bei ihm, sowie in der darauffolgenden Haussuchung bei ihr eine Menge gestohlener Waren gefunden. Der lukrativste der Diebstähle, bei dem ein Vulkankoffer und eine Aktentasche mit Inhalt — Schaden etwa 15.000 Kč aus dem vor dem Ständetheater wartenden Auto des Edvard Benda gestohlen wurden, ist, wie Tkadleček angibt, eigentlich von dem bereits wegen anderer Diebstähle in Haft befindlichen Oldřich Flenner ausgeführt worden; er selbst stand nur Wache. Unter den restlichen Gegenständen befanden sich 26 wollene Schwimmanzüge, Damenwäsche (von der Zemin angeblich um Kč 26.— erstanden), ein Pelzmantel etc. Das Fahrrad „Sphinx", auf dem Tkadleček seine Beute zu transportieren pflegte, war ebenfalls einem gewissen Václav Kukos gestohlen worden. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen erreicht 30.000 Kč.

Ausflugszüge. Die Staatsbahndirektion fertigt in den Tagen vom 16. bis 22. April einen Sonderzug mit Verpflegung und Führung in die Beskiden ab. Preis 370 Kč. — In der Zeit vom 16. bis 22. April wird zum Preise von 490 Kč ein Sonderzug in die Hohe Tatra und nach Telgart abgefertigt werden. — Vom 16. bis 22. April wird ein Ausflugszug ins Adlergebirge zum Preise von 275 Kč veranstaltet. Anmeldungen und Informationen von 8 bis 17 Uhr im Basar neben dem Wilsonbahnhof, Telephon 383-35.

Die Stefanik-Volkssternwarte auf dem Petřin ist dem Publikum im April täglich (außer Montag) um 20 Uhr zugänglich, für Schulen und Vereine um 19 Uhr, gleichfalls täglich außer Montag. Massenbesuche von Schulen und Vereinen können gegen vorherige Anmeldung (Telephon 463-05) erfolgen. Massenbesuche von Schulen zur Besichtigung der Einrichtungen sind auch außerhalb nach vorheriger Anmeldung möglich. Für das breite Publikum sind die Einrichtungen der Sternwarte Sonntag von 10 bis 11 und von 15 bis 16 Uhr zu besichtigen. — Beobachtungsprogramm im April: In der ersten Woche sind an klaren Abenden die Venus, Nebel- und Sternhaufen, vom 9. bis 18. April der Mond und die Doppelgestirne, vom 19. bis 30. April wieder die Venus, die Nebel- und Sternhaufen gut zu beobachten.

Bei Grippe, Bronchitis, Mandelentzündung, Lungenspitzenkatarrh sorge man dafür, daß Magen und Darm durch den öfteren Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef"-Bitterwassers gründlich gereinigt werden. Aerztlich bestens empfohlen.

Jožka Kolovská und Ella Šárková
spielen neben W. Taub und R. Wanka in dem heimischen Film „Kuß im Schnee".

Vereinsnachrichten

Nur sechs Tage noch bis zur Festakademie!

ATUS PRAG

Das bedeutet: **6 Tage äußerster Anstrengung** für die Mitwirkenden. Denn es muß alles klappen. Das heißt: **6 Tage Propaganda** aller Vereinsmitglieder in ihrem Bekanntenkreis. 6 Tage Dienst für die Akademie sind **Dienst für die Gesamtbewegung.** Eine gelungene Akademie ist ein guter Auftakt zur kommenden Wahlarbeit. Helft alle mit!

Allgemeiner Angestellten-Verband, Prag II, Narodni tř. 4/3. Amtsstunden Mittwoch 6—8 Uhr. Monatsversammlung am 3. April, Mittwoch, 8 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus, Perštyn: „Die neue Wirtschaftsform in SSR". Vortragender Dr. Strauß. — Sonder-Abonnement für die Montagsfilme in der „Urania" gegen Vorweis des Mitgliedsbuches. Nur im Vorverkauf. — Zweitägige Osterwanderungen mit den Naturfreunden: 1. Kokořín — Böhig — Dauba — Geltschberg. Fahrspesen 30 Kč. — 2. Landa — Bürglitz — Beraun. Fahrspesen 20 Kč. Anmeldungen bis 12. April.

Gerichtssaal

Die Tragödie eines entlassenen Häftlings

Um nicht zu verhungern — zurück ins Gefängnis.

Prag. Am 26. November v. J. wurde der 29jährige Karl Majdl aus der Strafhaft entlassen. Er war als Beschäftigungslöser auf die schiefe Ebene gekommen und hatte eine Strafe wegen Diebstahls verbüßt. Aber die Freiheit, die ihm wiedergegeben wurde, war schlimmer als diese Strafe.

Karl Majdl suchte den Weg zu einem ordentlichen Leben. Wie oft mag er sich in der Kerkerzelle dieses neue Leben ausgemalt haben. Er brachte nichts mit auf den neuen Lebensweg als einige Kronen, die er sich durch Sträflingsarbeit verdient hatte, seine Arbeitskraft und gute Vorsätze. Und das ist wenig, das ist nichts in dieser Zeit des Unheils.

Durch fünfzehn Tage suchte er eine Arbeit, die ihn ernähren könnte. Durch fünfzehn Tage wies man ihn ab, wo immer er auch um Beschäftigung bat. Durch fünfzehn Tage schlief er in Ziegeleien und Strohschobern und aß sich nicht satt. Wie dieser Marterweg des entlassenen Sträflings, der sicherlich kein schlechter Mensch ist, endete, darüber gab die vor dem Strafsenat Novotny am Donnerstag abgeführte Verhandlung Aufschluß.

*

Am Abend des 19. Dezember gab es in dem Gasthause des Karl Harliček im Dorfe Lhotka einen Zwischenfall, der als örtliche Sensation viel Aufsehen erregte. In die Gaststube trat ein Mann, dessen Gesicht durch eine schwarze Maske verdeckt war. In der Hand hielt der Eindringling einen Revolver und rief den Gästen zu: „Hände hoch!" Im Lokal waren außer dem Wirt und dem Kellner sieben Gäste anwesend, darunter zwei uniformierte Gendarmen, die Wachtmeister Kinkora und Zelenka. Man nahm die Aufforderung des maskierten Mannes zunächst für einen schlechten Witz, um so mehr als er keine Miene machte, sich des Eigentums der Anwesenden zu bemächtigen. Auf die halb ärgerlichen, halb scherzhaften Zureden, antwortete der Unbekannte wieder nur mit der neuerlichen Aufforderung „Hände hoch!". Darauf zog der Wachtmeister Zelenka, der etwas abseits stand, blitzschnell seinen Revolver und nötigte den vermeintlichen Gangster, sich zu ergeben. Dieser ließ sich ohne weiteres entwaffnen und folgte widerstandslos den Gendarmen auf die Wachstube.

Der Täter war Karl Majdl....

Die Anklage lautete auf das Verbrechen der gefährlichen Drohung und die Uebertretung des Waffenpatentes. Es hätte auch eine Schwurgerichtsverhandlung wegen nicht vollendeten Raubes daraus werden können, der mehrjährige Kerkerstrafe nach sich zieht. Aber auch die Anklage behauptet nicht, daß Karl Majdl sich durch Gewaltandrohung in den Besitz fremden Eigentums setzen wollte. Der Angeklagte bekannte sich im Sinne der Anklage schuldig. Auf die Frage des Vorsitzenden nach den Beweggründen antwortete der Angeklagte: „Ich habe drei Tage nichts einen Bissen gegessen. Ich wollte ins Gefängnis zurück, um nicht zu verhungern." Daß er keine räuberischen Absichten gehegt hat, sondern bloß verhaftet werden wollte, belegt der Angeklagte dadurch, daß er sich gerade dieses Gasthaus ausgesucht hat, in welchem er Gendarmen sitzen sah.

Die Anklage bemerkt dazu, daß diese Aussage des Angeklagten zwar nicht voll zu bestätigen, aber auch nicht zu widerlegen sei.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu fünfzehn Monaten schweren Kerkers. rb.

Kunst und Wissen

„Trauernde Erben". Das als das beste jugoslawische Lustspiel bezeichnete Stück „Truchlici pozůstali" von Branislav Nušić mag vielleicht irgendwo in Agram oder Belgrad Lachsalven hervorrufen, im Ständetheater in Prag wirkte es am 29. März wie ein Stück von anno dazumal. Angebliche nahe Verwandte des verstorbenen reichen Junggesellen quartieren sich sofort nach der Seelenmesse in sein Haus ein und müssen wieder ausziehen, als das Testament geöffnet wird, welches zur Universalerbin die uneheliche Tochter des Verstorbenen macht, wobei sie den zuerst Gelobten beschimpfen. Köstlich ist die Hauptfigur des pensionierten Bezirkshauptmanns (gespielt von Sáša Rašilov), der nicht wegzubringen ist. Auch die anderen Kleinbürger wurden in trefflichen Karikaturgestalten gespielt. Das Stück wird Leuten aus der Provinz, die im Theater nur Zerstreuung suchen, gewiß Unterhaltung bieten. r. i.

„Fräulein Julie" von Strindberg und **„Der Kammersänger"** von Wedekind Donnerstag neuinszeniert in der Kleinen Bühne.

Wochenspielplan des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag nachmittags halb 3 Uhr: Gentleman, 8: Mädchen für alles. Montag 8: Gentleman, Bankbeamte und freier Verkauf, Dienstag 8: Ein Glas Wasser. — Mittwoch 8¼: Ein Glas Wasser. — Donnerstag halb 8: Fräulein Julie, Der Kammersänger, neuinszeniert. — Freitag halb 9: Opernstudie. — Samstag 8¼: Fremdenverkehr. — Sonntag 3: Straßenmusik, 8 Uhr: Mädchen für alles.

Sport • Spiel • Körperpflege

Zunahme im holländischen Arbeiter-Handballsport

Anfangs März fand in Amsterdam eine Prüfung für Handballschiedsrichter statt. 35 Bewerber wurden geprüft. In den Anfangsjahren des Sportbundes, als das Handballspiel noch als Frucht fremden Bodens galt, brauchte man seine Fähigkeit nicht beweisen, damals brauchte man sich nicht viel zu bemühen, um Schiedsrichter zu werden. Die Spieler freuten sich schon, wenn sie jemanden fanden, der pfeifen wollte. Es ist selbstverständlich, daß mit der Verbreitung des Spieles auch die technischen Anforderungen größer werden. Man benötigt Spielleiter, welche das Spiel beherrschen. Immer mehr und mehr macht sich der Fortschritt bemerkbar. Nun ist man schon so fortgeschritten, daß nicht weniger als 35 Kursteilnehmer, alle aus Nordholland, sich der sicher nicht leichten Prüfung unterziehen konnten. Das Resultat ist, daß man jetzt über eine starke Schiedsrichtermannschaft verfügt, welche bestimmt für das Handballspiel und auch für den Bund von großem Nutzen ist.

Im Utrechter Kreis wurde die Männermannschaft Utrecht 1, nachdem das Spiel gegen die zweite Mannschaft mit 5:3 gewonnen wurde, sicherer Endsieger, ohne ein Spiel verloren zu haben.

Der Film

Skandal in Rom

Man nehme die (vor Jahren verfilmte) Mark Twain-Geschichten vom Yankee am Hofe des Königs Artus und verpflanze sie ins römische Altertum, man mische Motive aus Offenbachs „Schöne Helena" hinein und würze das Ganze mit einer Verspottung der cäsarischen Zirkus-Greuel aus dem Film „Im Zeichen des Kreuzes". Es wird nach diesem Rezept etwas Komisches und Unterhaltsames entstehen, vor allem dann, wenn der Zubereiter Technik und Tempo und Laune hat.

Der Hollywood-Regisseur Frank Tuttle hat diese Eigenschaften gehabt, als er die „Römischen Skandale" inszenierte, — Skandale, die ein Bürger der aufstrebenden amerikanischen Siedlung „Welt-Rom" im Traume verursacht, weil er gegen die cäsarische Obrigkeit mit derselben Respektlosigkeit und der gleichen tölpelhaften Behendigkeit rebelliert wie gegen den großspurig-korrupten Bürgermeister seines Heimatsortes. Diese altrömische Jagd nach Lacheffekten, bei der zwar höhere Ansprüche auf der Strecke bleiben, aber jeder, der sich an einem Kunterbunt aus drastischen Späßen, leichten Gesängen, komischen Revueszenen und turbulenten Filmkunststücken ergötzen kann, unweigerlich gefangen wird. Szenen wie die im Bad der römischen Damen, wie die Erlebnisse des „Speisenschmeckers" am Hofe des Giftmord fürchtenden Cäsaren und das tolle Wagenrennen am Ende gehören zu den gelungensten Filmspäßen, die wir je gesehen haben.

Der in den Vereinigten Staaten höchst populäre Komiker Eddie Cantor, der hier den nach Rom verschlagenen Fremdling auf dem Sklavenmarkt, im Kerker, im Schönheitsinstitut, am Kaiserhofe und auf der Flucht spielt, läßt sich als ein Mittelwesen zwischen Buster Keaton und Paul Kemp beschreiben. Mit Akrobatik und Pfiffigkeit, mit Verlegenheit und dreister Ruhe, mit Zappligkeit und Singsang bringt er sich unbekümmert zur Geltung. Kein Zweifel, daß er nach Effekten hascht. Aber entscheidend ist, daß er nie daneben greift. —ers—

Film-Beratungsstelle. In der verflossenen Woche wurden folgende Filme zur Einfuhr in die Tschechoslowakei freigegeben: ein deutscher Film „Barcarole" (Ufa-Film), ein österreichischer Film „Asew der Spion" (PDC-Film), drei amerikanische Filme „Unser tägliches Brot" (United Artists), „Ein Mann von Mut" und „Der Wagen seiner Majestät" (Fox-Film), ein englischer Film „Der rote Sultan" (Arko-Film) sowie eine Reihe amerikanischer gezeichneter Grotesken.

Mitteilungen der »Urania«

Heute halb 11 Uhr: „Panzerkreuzer Potemkin" und „Turksib" Spitzenleistungen russischer Filmkunst. Karten: 2, 4, und 6 Kč.

Univ.-Prof. Dr. H. Knaus: „Die natürliche Geburtenregelung" (mit Lichtbildern). Wissenschaftliche Erfahrungen und ihre Durchführung in der Praxis. Montag 8 Uhr.

Unvergeßliche Filme: „Im Westen nichts Neues". Einmalige Vorführung ½9 Uhr.

Masaryk-Volkshochschule

„Menschenkenntnis". Dr. B. Fürst. Kurs- und Einzelkarten. Montag 8 Uhr.

„Was wird aus unseren Töchtern?" Dr. E. Goder-Herrmann. Donnerstag 8 Uhr.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

Adria: „Die Rothschilds." (A. — Georg Arliß.) — **Alfa:** „Das Lied der Lieder." (A. — — Marlene Dietrich.) — **Avion:** „Skandal in Rom." (A) **Beranek:** „Menschen im Hotel". (A). — **Feniz:** „Kuß im Schnee." (Tsch.) **Flora:** „Nana". (A. — Anna Sten.) **Hvezda:** „Der Graf von Monte Christo" (A.) — **Kinema:** Journale, Groteske, Reportage (halb 2 bis 7 Uhr). — **Koruna:** „Der Graf von Monte Christo." (A.) **Kotva:** „Der unsichtbare Mann." (A.) — **Lucerna:** „Der unsichtbare Mann." (A.) — **Metro:** „Jägerblut." (Tsch.) — **Olympic:** „Der Sturm." (Russ.) — **Praha:** „Mein Freund, der König." (A.) — **Radio:** „Menschen im Hotel." (A.) — **Skaut:** „Die Tscheljuskin-Leute." (Russ.) — **Bajkal:** „Der Schatten in der Tür." (D.) — **Beseda:** „Die Dreigroschen-Oper". (D.)

VERLANGEN SIE
in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines
SELCHWAREN
der Firma
HEGNER & Cie., PILSEN
Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., Pilsen
sind die allerbesten!
445

Robert Donat und Elissa Landi
in dem amerikanischen Großfilm „Der Graf von Monte Christo".

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken. — Die Leitungsfrankatur wurde vor der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis", Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.-G., Prag.